Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55. | **Freitag, den 6. März 1903.** | **10. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Die Freisinnigen im Wahlkampf.

= Jene freisinnigen Wähler, welche ihre politische Weisheit nur aus den mit hochtrabenden Redensarten gefüllten freisinnigen Parteiblättern holen, die aus dem Preßbureau des Herrn Müller-Sagan gefüttert werden, haben von der reißend fortschreitenden politischen Versaulungskrankheit der jetzigen und der ehemaligen Richterleute, so sich „Freisinnige“ benamsen, wenig bemerkt. Aber im Reichstage bemerkt man es. Herr Eugen Richter, der sonst ein täglicher Gast im Reichstage war, ist fast nie zur Stelle. Und das ist bereits seit länger als Jahresfrist der Fall. Anfänglich entschuldigten ihn seine Freunde mit Krankheit, und die beginnende Greisenhaftigkeit machte sich ja in der That bei Richter bemerklich. Allein dies ist jetzt doch kein triftiger Entschuldigungsgrund mehr. Richter kommt nur noch so selten wie möglich in den Reichstag, weil dort sein ganzer Einfluß geschwunden ist. Auf seine Leute gestützt, ist er zu schwach; früher hatte er Bedeutung, weil doch die ganze Linke in großen politischen Fragen auch in ihm ihren Sprecher sah. Seitdem er jedoch in den Tagen des Zollkampfes die Interessen der Linken in so schändlicher Weise an Junker und Pfaffen verrathen hat, unterstützt ihn die Sozialdemokratie nicht mehr. Damit ist er eine Null geworden, und da eine solche Rolle Herrn Richter unerträglich ist, so bleibt er vom Reichstage fern und schmeißt aus den Spalten der „Freisinnigen Zeitung“ nur noch Dreck auf die sozialdemokratischen Arbeiter-Abgeordneten, die ihn angeblich durch ihre Reden aus dem Reichstage vertrieben haben.

Ohne Richter sind aber auch die freisinnigen Richterleute nichts, ob's sich nun um seine Heloten von der Volkspartei oder die Leute von der Freisinnigen Vereinigung handelt. Zwar haben die Letzteren sich durch ihr Schulter- an Schulterkämpfen mit den Arbeitern im Zollkampfe so viel politischen Kredit erworben, daß sie sich selbstständig zur Geltung zu bringen vermögen. Allein oft ist dies nicht der Fall; schon deshalb nicht, weil die Herren zu selten da sind. Die Freisinnigen, ob die um Richter oder die um Barth, sind manchmal nicht einmal ein halb Dutzend Leute im Sitzungssaale des Reichstags. Kein Wunder, daß sie nichts zu sagen haben.

Die Schwäche der parlamentarischen Position im Reichstage ist nur ein Rückschlag der freisinnigen Stellung im Lande. Der Freisinn geht zurück und theilt hierin das Schicksal der Nationalliberalen. Nicht blos der Richtersche, sondern auch der Barth'sche Freisinn. Sie beide werden Sitze verlieren an die Sozialdemokratie und haben keine Aussicht, dafür Kreise zu gewinnen.

Die Sozialdemokratie hat keinerlei Ursache, zwischen den beiden Schattirungen der Richterleute Unterschiede zu machen. Wenn die Barthschen Freisinnigen in den Blättern durch Mommsen und Liszt für ein Kartell mit der Sozialdemokratie geworben haben, so werden wir dieser bürgerlichen Partei nicht den Gefallen thun, ihr Wahl Schonzeit zu gewähren. Würden wir doch gar nichts dabei gewinnen. Die Liberalen der Barth'schen Richtung im Lande sind von anderer Art als die Barth, Gothein und Brömel im Reichstage. Sobald es sich um den Kampf wider die Sozialdemokratie handelt, ist das Bürgerthum gleichmäßig reaktionär, ob nun der Wahlkreis freisinnig-volksparteilich oder „vereinigt“ ist.

In den größeren politischen und wirthschaftlichen Fragen existirt zwischen den freisinnigen Gruppen kein Unterschied. Man muß sich immer wieder daran erinnern, daß 1893 die Spaltung unter den Freisinnigen nach der Richterschen und der Rickertschen Seite erfolgte, weil die nunmehrige freisinnige Vereinigung für die damalige Militärvorlage stimmen wollte. Diese Politik hat sie auch weiter verfolgt. Der ministerielle Liebling des Herrn Barth ist der Marineminister; für alle Militär- und Marineforderungen stimmen diese Freisinnigen unbedenklich, weil das Händlerthum sich auf Militarismus und Marinismus stützt. In den Zolltagen wären die Barth'schen nicht minder reaktionär gewesen wie die Richter'schen, wenn nicht eben das Händlerinteresse sie zu zu ergischer Abwehr des agrarischen Beutezuges gezwungen hätte und sie dadurch auf die Seite der Arbeiter kamen. Hingegen waren die Richter'schen, auf die Wahlunterstützung der reaktionären Parteien, überall wo sie gegen uns in Stichwahl stehen, angewiesen, eben dadurch auf die reaktionäre Seite gedrängt.

Beide Gruppen der Freisinnigen haben den ehemaligen Manchesterstandpunkt verlassen, aber trotzdem betreten sie nur höchst widerwillig das Gebiet des Arbeiterschutzes. Eugen Richter selbst nimmt an diesem gar keinen Antheil und erhebt bei jeder Erweiterung des Arbeiterschutzes den Einwand von tausend Schwierigkeiten. Der freisinnig-volksparteiliche Redner in Arbeiterschutzfragen ist jetzt Crüger, derselbe Crüger, der auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach die Konsumvereine der entschieden klassenbewußten Arbeiter aus dem Genossenschaftsverbande hinausdrängte und denunzirte, und der im Reichstage die arbeiterfeindliche Grundrichtung des freisinnigen Wesens nur unschwer verbergen kann. Auch die Vereinigung, soweit sie überhaupt bei Arbeiterschutzfragen in gründlicherer Weise das Wort nimmt, sieht dabei mit einem scheelen Auge auf die Sozialdemokratie, deren Agitation erst die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf die sozialen Schäden gelenkt hat.

Da die Volkspartei und die Vereinigung keine neuen Parteien sind, sondern nur ein seit dem Anfang der 90er Jahre neuer Name für den alten Freisinn und Fortschritt, muß man sich an dessen Thaten zurückerinnern, um immer vor Augen zu haben, wie wenig die Freisinnigen für eine entschiedene Opposition in Betracht kommen.

Die Freisinnigen waren es, die 1885 eine Verlängerung des Sozialistengesetzes herbeiführen halfen. Sie thaten dies, indem ein Theil von ihnen der Abstimmung fern blieben, und so dem Gesetze eine Majorität sicherte. Eugen Richter hat sich vergebens bemüht, kniffflich und schlau darzulegen, daß von einem „Abkommandiren“ freisinniger Abgeordneter nicht die Rede sein könne; die Thatsache, daß die Arbeiter dem Freisinn das Fortbestehen des Sozialistengesetzes 1885 „verdanken“, kann er jedoch nicht wegwischen.

Und so auch bei der Kulturkampfgesetzgebung. Die Jesuiten-, Pfaffen- und Zentrumsfurcht ist bei den Freisinnigen, trotz aller Liebedienerei der Richterschen vor dem Zentrum, so groß, daß s. Zt. ein großer Theil von ihnen für die Kulturkampfgesetze stimmte. Bei diesen beiden Materien hat sich gezeigt, daß die Freisinnigen unter Umständen selbst für Ausnahmegesetze zu haben sind.

Während gegenüber Militärforderungen die Freisinnigen immer lauere Opponenten sind und sie für Marineforderungen bereits brav zu stimmen beginnen, ist ihre Stellung gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht um so zweideutiger. Weder um Richter noch um Barth hat das gegenwärtige Reichstagswahlrecht ehrliche Anhänger. Sie haben nie einen besonderen Eifer für die Einführung desselben bei den Landtagswahlen bewiesen und wenn die — noch immer nicht gekommene — Wahlgeheimnißsicherung von Rickert mehrfach beantragt wurde, so nur deshalb, weil sie eben den Freisinnigen selbst nützt.

Der Freisinn wird im Wahlkampfe eine schlechte Rolle spielen. Und die Wähler werden ihm die Verräthereien der Richterschen, die Lauheiten der Barthschen, gehörig heimzahlen.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 4. März 1903.

Der Reichstag erlebte am Mittwoch das Vergnügen, den preußischen Eisenbahnminister Budde, der im Nebenamt Chef der elsaß-lothringischen Reichseisenbahnen ist, in seinen Mauern begrüßen zu dürfen. Den Abgeordneten, die nicht sehr zahlreich, aber immerhin in etwas stärkererer Kopfzahl denn die Tage zuvor, erschienen waren, und den Zuhörern bereitete Herr Budde ein paar genußreiche Stunden. Der neugebackene Eisenbahnminister — das Bürgerthum, das in fortgeschritteneren Ländern selbst die Waffenministerien mit Zivilisten besetzt, läßt sich im zurückgebliebenen Deutschland in Hundedemuth gefallen, daß ausrangirte Offiziere an die Spitze von Wirthschaftsministerien gestellt werden — der neugebackene Eisenbahnminister alias Eisenbahngeneral machte seinem feisten, früheren und jetzigen Kollegen Podbielski mit großem Erfolg alle Lorbeeren streitig, die der Posthusar und Lausekanaler im Laufe der Zeit um seine Schläfe gewunden hat. Sie sehen aus wie zwei Kopien von einander, diese beiden Offiziere a. D. und Minister i. D.; ihre Ansichten, ihre Redeweise, ihr gemüthlich-schnarrender Ton; alles ist zum Verwechseln ähnlich. Beide stehen mit der gleichen Verständnißlosigkeit allen modernen Ideen gegenüber, beide setzen sich mit der gleichen Unbefangenheit über die Regeln der deutschen Sprache weg. Herr Budde rühmte sich seiner Erziehung: wir hoffen, daß sein Tanzmeister ihm die genügenden Kenntnisse beigebracht hat, die zum — Fackeltanz der Minister erfordert werden; von dem oder den Lehrern aber, die ihn in der deutschen Grammatik und in der deutschen Sprache unterrichtet haben, lasse er sich getrost das Lehrgeld wiedergeben. Wehe dem armen Untertertianer, der sich die Verstöße gegen deutsche Grammatik und deutschen Stil leisten würde, mit denen Preußens Eisenbahnminister am Mittwoch den Reichstag belustigte. — Ueber die sozialpolitischen Ansichten eines Mannes von Herrn Buddes Qualitäten ernsthaft zu sprechen, würde heißen, die Leser beleidigen. Der Eisenbahngeneral kramte alle die Redensarten aus, die er unter dem brüllenden Beifallsgeheul der Junkerrotte in dem sogenannten Abgeordnetenhause zu Tage gefördert hatte. Natürlich heulten auch die Reichstagsjunker Beifall — der dicke Gamp an ihrer Spitze, der durch Kraft der Lungen zu ersetzen sucht, was ihm an Ahnen abgeht. Vorher hatte ihm Stöcker unter Augenverdrehen den Minister gepriesen, der die Eisenbahnarbeiter — man denke! — zu einem Kaisergeburtstagsessen eingeladen habe. Die Genossen Stolle und Bernstein gaben sich alle Mühe, etwas sozialpolitische Erleuchtung in dem Hirn des Eisenbahngenerals zu verbreiten: es war vergebens; von dem Bude-Schädel müssen alle derartigen Versuche wirkungslos abprallen. Der ehemalige Geschäftsführer bei Isidor Löwe ist eben total unfähig, die Bedeutung des modernen Koalitionsrechts für den modernen Staat zu begreifen, vorausgesetzt, daß er überhaupt etwas wie eine Vorstellung von einem modernen Staat hat, was wir billig bezweifeln möchten. Dafür werden aber Bernsteins und Stolles Reden im Lande wirken; sie werden die Legende vom patriarchalischen Vater Staat, wo immer sie noch in den Köpfen von Subalternbeamten und Staatsarbeitern spukt, bis auf den letzten Rest zerstören.

Neben der großen Budde-Debatte liefen Einzelbeschwerden und Einzelgesuche einher, die naturgemäß in erster Linie die elsaß-lothringischen Bahnen betrafen. Sehr berechtigte Klagen der Bahnhofskellner brachte Genosse Stolle zur Sprache.

Der Etat des Reichseisenbahnamts und der Reichseisenbahnen wurde am Mittwoch verabschiedet; am Donnerstag steht der Reichsjustizetat auf der Tagesordnung.

---

273. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Schulz, später Budde.

Die zweite Berathung des Etats des Reichseisenbahnamts wird fortgesetzt.

Stöcker (wildk.) wünscht bessere Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Eisenbahnarbeiter und Beamten. Daß Herr Budde den Bahnarbeitern die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Verbänden verbietet, wird von den christlichen Arbeitern freudig begrüßt. Auch daß Herr Budde zu Kaisers Geburtstag Arbeiter zum Feste einlud, berührte sympathisch. (Bravo! rechts.)

Stolle (SD.) führt einen Fall aus Dresden an, wo ein Bremser namens Weise in seinem Koalitionsrecht beschränkt wurde. Eine Herabsetzung der Gütertarife halte ich für wünschenswerth. Hoffentlich wird auch der alte Wunsch nach Reform der Personentarife bald erfüllt.

Sächs. Bundesrathsbevollmächtigter Graf Hohenthal bestreitet, daß der Bremser Weise wegen Lektüre einer sozialdemokratischen Zeitung entlassen sei. Er sei gekündigt, weil er Vertrauensmann des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes sei.

v. Kardorff (RP.): Der Erlaß des Herrn Budde richtet sich nur gegen sozialdemokratische Verbände, die stets die Herrschaft über den Betrieb erlangen wollen.

Schmidt-Frankfurt (SD.) führt Beschwerde darüber, daß die Angestellten der Frankfurter Bahnhofsrestauration durch die Unterschrift eines Reverses gezwungen würden, auf die gesetzlich gewährte Ruhezeit zu verzichten.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) bittet den Präsidenten des Reichseisenbahnamts, sich auch der Angestellten der Bahnhofsbuchhandlungen anzunehmen, die bis spät in die Nacht allen Unbilden des Wetters ausgesetzt sind.

Stolle (SD.) kommt auf den Fall Weise zurück. Man hat dem Manne vorgeworfen, daß er die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ gelesen habe. Welche Zeitung soll denn ein Arbeiter lesen? (Zuruf b. d. Soziald.: „Kreuzzeitung“! Heiterkeit.) Weiter heißt es, daß die Sozialdemokraten Republikaner seien und deshalb nicht im Staatsdienst beschäftigt werden dürften. Vielleicht sind Sie (nach rechts) in der Schweiz schon oft von republikanischen Schaffnern gefahren worden. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soziald.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der Etat der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

Riff (Hosp. d. FVg.) fragt den Minister, ob er die von ihm im preußischen Abgeordnetenhause entwickelten Grundsätze auch für die Reichseisenbahnen gelten lassen will. Es würde sich vielleicht empfehlen, die elsaß-lothringischen Bahnen vom preußischen Eisenbahnministerium loszutrennen und dem Reichseisenbahnamt zu unterstellen, um diesem einen selbstständigen Wirkungskreis zu geben. Redner beklagt die negativen Ergebnisse der Stuttgarter Eisenbahn-Konferenz des Jahres 1901, fordert die Einführung der in Baden wohlbewährten Kilometer-Hefte in Elsaß-Lothringen und spricht die dringende Bitte aus, die zum Theil wenig befriedigenden Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten der reichsländischen Bahnen einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Hauß (Els.) schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an. Der neue Minister, der im preußischen Abgeordnetenhaus mit Lobesschalmeien begrüßt ist, kann auch in seiner Eigenschaft als Chef der Reichseisenbahnen beweisen, daß er kein Bureaukrat ist. Eine Reform der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist dringend nothwendig; man muß bedenken, daß die Lokomotivführer immer mit einem Fuße im Grabe, mit dem andern im Gerichtssaal stehen.

Preußischer Eisenbahnminister und Chef der Reichseisenbahnen Budde: Ich danke den beiden Vorrednern für die Anregungen, die ich wohlwollend prüfen werde. Ich bin Tarifreformen keineswegs grundsätzlich abgeneigt, bin aber der Meinung, daß diese Reform sich nicht auf Preußen allein beschränken darf, sondern auf einer Vereinbarung aller deutschen Eisenbahnverwaltungen beruhen muß. Ich bin auch zu einer Personenverkehrs-Reform bereit, falls sie kein den Staatsfinanzen verderbliches Experiment bedeutet. Wie würde ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Staatsmann gegenübertreten, wenn ich Ihnen sagen wollte, ich sei ein Reformer, der in acht Monaten derartige Reformen durchführen könnte? (Heiterkeit links.) Sie würden das nötige Vertrauen zu mir verlieren. (Sehr richtig! rechts.) — Man hat es mir als ein „kleines Mittel“ angerechnet, daß ich den Reisenden

der dritten Klasse mehr Gelegenheit als bisher zur Benutzung von Speisewagen bietet. Sind aber nicht auch viele Leute aus den gebildeten Klassen genöthigt, dritter Klasse zu fahren? Was das Verhältniß des Chefs der Eisenbahnverwaltung zu seinen Arbeitern betrifft, so erachte ich es für meine schönste Pflicht, für das Wohl meiner Arbeiter Tag und Nacht (Rufe links: Na, na!) einzutreten, soweit meine Kräfte reichen. Das ist mir auch im Abgeordnetenhause von allen Seiten bestätigt worden. (Heiterkeit links). Sie können es im Stenogramm nachsehen. (Bravo! rechts). Alle kann ich nicht zufrieden machen, aber alle Klagen werden die Wirkung haben, daß ich auf neue Verbesserungen bedacht bin. — Wenn die Presse von mir behauptet, daß ich den Arbeitern und Beamten das Koalitionsrecht nehme, so ist das völlig unrichtig. Wir haben eine herrliche Klassenorganisation in der Eisenbahn, die darin besteht, daß der betr. Streckenarbeiter und der Minister an einem Strange ziehen. (Lachen links), Ich bin ebensogut Arbeiter wie jeder Bahnmeister und jeder Streckenarbeiter. (Lachen b. d. Soz. Bravo! rechts).

Bernstein (SD.): Selbstredend stimmen wir allen Forderungen bei, die von anderer Seite in betreff der Beamtenversorgung und der Tarifreform erhoben werden. Ich habe indessen nur darum das Wort erbeten, um über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter zu sprechen. Die Rede, die der Herr Minister eben gehalten, machte mehr den Eindruck einer Festrede, als einer Reichstagsrede. (Unruhe rechts. Sehr richtig! links). Herr Stöcker erklärte, es bestehe ja ein Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter; der Erlaß des Ministers beziehe sich „nur" auf sozialdemokratische Verbindungen. Eine Koalitionsfreiheit aber, die den Arbeitern vorschreiben will, welchem Verbande sie angehören sollen, das ist keine Koalitionsfreiheit mehr, sondern nur eine Heuchelei. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Breslau hat mich ein Eisenbahnarbeiter unter vier Augen — er war sehr verschüchtert — inständig gebeten, doch ja die Interessen der Eisenbahner wahrzunehmen. In Glückstadt, wo jüngst mein Kollege v. Elm sprach, wurden die Fenster des Versammlungslokals offen gelassen, damit die Eisenbahnarbeiter die Vorträge hören konnten; sie getrauten sich nicht in die Versammlung hinein. (Hört, hört! bei den Soz.) — Das wahre Koalitionsrecht besteht darin, daß man die Koalitionen nicht blos duldet, sondern auch anerkennt und mit ihren Vertretern unterhandelt. Ueberall da, wo das volle Koalitionsrecht besteht, hat sich gezeigt, daß eine Gefahr für den Dienst nicht vorhanden ist. Gerade die sozialdemokratischen Arbeiter erfüllen im Dienst vollkommen ihre Pflicht. Sie, Herr Minister, können sich deshalb nicht mit dem Gedanken der vollen Koalitionsfreiheit befreunden, weil Sie, wie Sie selbst sagten, in den altpreußischen Traditionen aufgewachsen sind, weil Sie Militär sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Solange, bis Sie den Arbeitern nicht das Recht gewähren, in eine Organisation einzutreten, die ihnen, den Arbeitern, paßt, und an die Spitze ihrer Organisationen Männer zu stellen, die ihre Interessen wahrnehmen, so lange werden Sie nur Heuchler großziehen, aber keine freien, berufsfreudigen Arbeiter! Solange — wie das hier und im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt worden ist — Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Hamburger Verband entlassen werden, solange ist das Koalitionsrecht der Arbeiter eine Lüge, die man sich schämen sollte, öffentlich auszusprechen! (Just. b. d. Soz., lebhafte Unruhe rechts. Vizepr. Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.) Es ist so, wie ich sage: Unterdrückung der Koalitionsfreiheit erzieht nur Heuchler. Mit allen Verboten, mit allen Dienstentlassungen werden Sie nicht verhindern, daß der Sozialismus in die Reihen der Eisenbahner dringt! Hat doch auch in Rußland die völlige Vorenthaltung des Koalitionsrechts nicht den Riesenstreik zu Rostow am Don verhindert, der vom Militär unter blutigen Greueln unterdrückt wurde. Der Reichseisenbahnamtspräsident sprach vom Kriegsfall. Sie werden sich auf zufriedene Arbeiter weit besser verlassen können, als auf unzufriedene, die das bittere Gefühl in sich tragen, daß ihnen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung, das gesetzlich zugestandene Koalitionsrecht vorenthalten werden. Wir können erst dann das gute Herz des Eisenbahnministers anerkennen, wenn er den Arbeitern und Beamten seines Ressorts das volle Koalitionsrecht gewährt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Minister Budde: Meine Erziehung gestattet mir nicht, dieselben Ausdrücke wie der Herr Vorredner zu gebrauchen, über das, worüber man verschiedener Ansicht sein kann. (Bravo! rechts.) Ich protestire dagegen, daß ich den Eisenbahnarbeitern das Petitions- und das Koalitionsrecht nehme. Es giebt 1½ Dutzend Organisationen unter den Eisenbahnern, Vereine der verschiedensten Art, von denen ich gern Petitionen und Deputationen entgegennehme. Ich protestire dagegen, daß mir nachgesagt wird, daß ich die Eisenbahner in ein Sklavenjoch pressen, daß ich bei ihnen den Despotismus einführen will, wie er in der Armee herrscht — dagegen protestire ich — daß ich die Eisenbahner zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen und daß ich ihnen das Koalitionsrecht nehmen wollte. (Zuruf bei den Soz.: Das thun Sie ja!) Mit Parteipolitik habe ich gar nichts zu thun; ich habe noch nie in meinem ganzen Leben gewählt, weder zum Reichstag noch zum Abgeordnetenhause. (Andauerndes Gelächter links.) Das ganze Gerede über mich ist dadurch entstanden, daß ich auf Anfragen in der Budgetkommission und im Plenum des Abgeordnetenhauses erklärt habe, daß ich Zustände, wie in den Niederlanden, in meinem Ressort nicht dulden werde. Mit Parteipolitik hat die Sache nichts zu thun. Wer in den Dienst der Eisenbahnverwaltung eintritt, geht mit derselben einen Vertrag ein; ich habe darauf zu bestehen, daß dieser Vertrag erfüllt wird. Bricht der Eisenbahner die Treue, so ist es selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung gegen ihn das Recht der Kündigung hat. (Bravo! rechts.) Der Treubruch des Einzelnen ist nur eine persönliche Sache zwischen ihm und der Verwaltung; wenn aber ein Massentreubruch, verbunden mit Kontraktbruch, eintritt, dann steht die Maschine still, dann kann ich den Betrieb nicht weiter führen, dann kann ich meine Verträge mit den Reisenden nicht halten. Wenn nun eine Vereinigung ankündigt, ihre Aufgabe sei, die Eisenbahner zu organisiren, um unter Umständen eine solche Gefahr für das Vaterland herbeizuführen, dann ist es meine Pflicht als guter Haushalter, einer solchen Vereinigung entgegenzutreten und sie zu verhindern. (Bravo! rechts.) Von Parteipolitik ist dabei keine Rede; ich würde im gegebenen Fall jeder Partei gleichmäßig entgegentreten, die eine Agitation unter den Eisenbahnern betreibt in der Absicht, eine Einstellung des Eisenbahnbetriebs herbeizuführen. Daß aber der Hamburger Verband eine solche Absicht hat und daß ich von ihm sagen kann: er bricht die Treue, das habe ich mir nicht aus den Fingern gesogen, sondern kann ich Ihnen aus dem Organ des Verbandes, dem „Werkmann", beweisen. — Redner verliest Stellen aus dem „Werkmann". Es werden darin u. a. Eisenbahnschiedsgerichte gefordert (Heiterkeit rechts), die auch über Disziplinarstrafen entscheiden sollen. (Rufe rechts: Unglaublich!) — Wenn wir uns gegen solche Bestrebungen zur Wehr setzen, so ist das keine Parteipolitik, sondern Nothwehr. (Bravo! rechts.) — Im „Vorwärts" heißt es, ohne Streikrecht sei das Koalitonsrecht ein Unding, ein hohler Begriff, und weiter: „Entweder man gewährt den Eisenbahnern das volle Koalitionsrecht oder man degradirt sie zu rechtlosen Sklaven". (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — Es wird ferner dort von einem „System Budde" gesprochen. Dagegen muß ich protestiren; ich habe alle Erlasse von meinem Vorgänger übernommen: ich bin sogar in der glücklichen Lage, daß ich noch niemals habe einschreiten brauchen, weil die Treue und die Gesinnung unter den Eisenbahnern vortrefflich sind. (Bravo! rechts.) Der „Vorwärts" behauptet weiter, daß der Gesetzentwurf der holländischen Regierung über den Eisenbahndienst der Anregung der preußischen Regierung seine Entstehung verdanke. (Gr. Heiterkeit rechts.) — Ich will zugestehen, daß unter den 350 000 Angestellten in Preußen und den 16 000 Angestellten in Elsaß-Lothringen sich Unzufriedene befinden. Herr Bernstein könnte selbst das Ganze leiten, dann würde es auch Unzufriedene geben. (Heiterkeit rechts.) Alles Menschenwerk ist nun einmal Stückwerk. Wie wenig schematisch ich in meinem Ressort vorgehe, können Sie daraus ersehen, daß ich den Hamburger Verband in Elsaß-Lothringen nicht verboten habe, weil er dort noch gar keine Fühlung hat. So wohnen gleichsam zwei Seelen in meiner Brust. (Heiterkeit links.) Mein Vorgänger hat auch nicht die Koalition unter den Werkstättenarbeitern verboten, obgleich dieselben nicht unter die Gewerbeordnung fallen. Es handelt sich einfach um die Frage: wer soll Herr sein im Eisenbahnbetriebe? 1870 brachte unser großer Stratege Moltke es fertig, in 11 Tagen 300 000 Mann an die Grenze zu werfen. Noch größere Aufgaben stehen uns in dem nächsten Kriege bevor! Das Protokoll des letzten Gewerkschaftskongresses, in welchem auf eine internationale Vereinigung unter den Eisenbahnern hingezielt wird, beweist, wie sehr Vorsicht am Platze ist. Wir dürfen nicht Zustände Platz greifen lassen, wie sie leider in Holland existiren. Ich habe alles dies ausgeführt, damit die Eisenbahner wissen, wie ihr höchster Chef über diese Frage denkt. (Lebh. Bravo! rechts.)

Leineweber (NL.) wünscht bessere Bahnverbindungen von der Pfalz nach Elsaß-Lothringen.

Geheimrath Glöckner sagt Berücksichtigung zu.

Röllinger (Els.) bringt eine Anzahl lokaler Eisenbahnwünsche vor.

Werner (Antis.): Die Ausführungen des Abg. Bernstein klangen, als ob die Eisenbahnarbeiter Sklaven wären. Der Minister denkt gar nicht daran, den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern. Daß der Minister ein gutes Herz für seine Arbeiter hat, hat er uns ja wiederholt erklärt. Besondere Berücksichtigung verdienen die Lokomotivführer. Der Vater des Abg. Bernstein war, wie ich neulich in der Zeitung las, ja auch Lokomotivführer. (Abg. Bernstein nickt.) Da hat Herr Bernstein also immerhin ein Recht, sich hier der Interessen der Eisenbahnbeamten anzunehmen. (Heiterkeit.)

Gamp (RP.): Der Staat hat viele Millionen aufgewendet, um die Löhne der Arbeiter auf die jetzige Höhe zu bringen. Eigentlich gehören ja die Breslauer Verhältnisse des Abg. Bernstein gar nicht hierher. Es ist überhaupt bedauerlich, daß Herr Bernstein in Breslau gewählt wurde. (Heiterkeit b. d. Soz.) Aus dem Umstande, daß ein Lokomotivführer seinen Sohn studiren lassen kann, geht doch hervor, daß es den Leuten gar nicht schlecht gehen kann. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Gewiß giebt es bei den Eisenbahnern berechtigte Beschwerden. Aber wo giebt es solche Tyrannei wie bei Ihnen? (zu den Soz.) Der sozialdemokratische Maurerverband hindert, daß diejenigen, die arbeiten wollen, beschäftigt werden. (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen den Arbeitgebern vorschreiben, welche Arbeiter sie beschäftigen dürfen, und welche nicht. (Gelächter b. d. Soz.) Jeder Arbeitgeber hat das Recht, sich seine Arbeiter auszusuchen. Herr Abg. Bernstein beschwerte sich über die Entlassung eines Vertrauensmannes des Hamburger Verbandes. Würden Sie (z. d. Soz.) einen Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe in Ihren Reihen dulden? Der flöge sofort hinaus. Sie wären ja auch beinahe hinausgeflogen, Herr Bernstein! (Große Heiterkeit und sehr gut! rechts. Unruhe b. d. Soz.) Wir haben volles Vertrauen zu der Verwaltung der Eisenbahnen, daß sie die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt.

Prinz Schönaich-Carolath Hosp. bei den NL.) bittet den Minister um Auskunft über die Verbesserung der D-Wagen.

Minister Budde erklärt, die Verbesserungen seien soweit gediehen, daß Verunglückungen von Personen jetzt fast ausgeschlossen sind.

Bernstein (SD.): Der Minister hat bestritten, daß er das Koalitionsrecht beschränke. Wenn er aber das Recht hat, einzelne Vereine zu verbieten, dann besteht kein Koalitionsrecht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt, denken die Arbeiter gar nicht an Ausstände. Die Furcht des Ministers vor einem Massentreubruch ist also unbegründet. Es ist richtig, daß die Eisenbahnarbeiter nicht unter die Gewerbeordnung fallen, sie haben aber wie alle Staatsbürger volle Vereins- und Versammlungsfreiheit und damit das freie Koalitionsrecht. Den Ausstand betrachten die organisirten Arbeiter nur als ultima ratio. Wenn die Eisenbahnarbeiter sich als vollberechtigte Bürger fühlen, ist absolut nicht zu befürchten, daß sie den Dienst verweigern würden. Fühlen sie sich nicht zufrieden, wie will der Minister sie zwingen, ihren Dienst zu verrichten? Herrn Gamp erwidere ich, daß gerade weil das Geld zum Studium nicht vorhanden war, ich darauf verzichten mußte. In unserer Partei herrscht vollste Freiheit. Wer ihre Grundsätze anerkennt, tritt ihr bei, wer nicht, der bleibt draußen. Der Eisenbahnarbeiter aber verkauft seine Arbeitskraft dem Staate, und wir müssen dagegen protestiren, daß er auch mit dieser Arbeitskraft zugleich seine Ueberzeugung verkauft. (Beifall b. d. Soz.)

Stolle (SD.): Die Arbeiter wollen nicht das Wohlwollen des Ministers, sie wollen Rechte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es muß endlich ein anderer Weg eingeschlagen und auch den politisch anders denkenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokr.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel „Chef des Reichsamts" wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Beschaffung von Betriebsmaterial" fragt

Savigny (Z), wie weit die Vorarbeiten für die Einführung des elektrischen Lichtes in den Eisenbahnwagen gediehen seien. Die unter dem Wagen befindlichen Gasometer bieten eine große Explosionsgefahr. So ist vor kurzem auf einem Berliner Vorortbahnhof ein solcher Gasometer explodirt, wobei mehrere Arbeiter verwundet wurden.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Justizetat, Etat des Reichsschatzamts.) Schluß 6¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine „antiultramontane Wahlvereinigung" hat sich soeben gebildet. Der erschienene Aufruf der Vereinigung trägt gegen 400 Unterschriften aus Angehörigen der verschiedensten Berufe, Gesellschaftskreise und politischen Parteien, wobei allerdings die Nationalliberalen und Freikonservativen weitaus überwiegen. In dem Aufruf heißt es: „Die Erkenntniß der ultramontanen Gefahr muß Gemeingefühl werden. Wir fordern deshalb alle Männer im deutschen Reiche, die mit uns das gefahrdrohende Wachsthum des Ultramontanismus erkannt haben, unbeschadet ihrer sonstigen parteipolitischen Stellung oder religiösen Ueberzeugung, auf, nach Vermögen im öffentlichen Leben, insbesondere auch schon bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, in Verbindung mit uns in antiultramontanem Sinne wirksam zu sein. Selbst in solchen Wahlkreisen, in denen der Ultramontanismus noch keine politische Rolle spielt, dürfen wir unsere Stimme keinem Wahlkandidaten geben, der nicht unzweideutig erklärt, bei allen Fragen, die das Verhältniß zum ultramontanen System berühren, in abwehrendem Sinne thätig zu sein. Dies gilt namentlich überall da, wo die Grundlagen unseres Kulturlebens, die Selbstständigkeit des Unterrichtswesens, die Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Kunstausbildung die Unabhängigkeit der religiösen Ueberzeugung in Frage kommen." — Ob es der neuen Vereinigung gelingen wird, irgend einen merkbaren praktischen Einfluß auf die Wahlbewegung zu gewinnen, bleibt abzuwarten. Von den bürgerlichen Parteien wird die Vereinigung wahrscheinlich nicht mit sehr freundlichen Gefühlen begrüßt werden, weil sie, trotz aller gegentheiligen Versicherungen, doch deren Zirkel unangenehm stört.

Wieder eine agrarische Gründung verkracht. Der Aufsichtsrath des Hallischen Kornhauses, der ersten und größten dieser agrarischen Gründungen in Deutschland, beschloß wegen eines abermaligen großen Defizits die Liquidation.

Wahlnachrichten. Im Fürstenthum Reuß jüngerer Linie, das seit 1890 im Reichstage sozialdemokratisch vertreten ist, wird eine Vereinigung aller Ordnungsparteien angestrebt, um den Wahlkreis zurückzuerobern. Das wird den Ordnungsbrüdern nicht viel nützen. Bei der letzten Wahl im Jahre 1898 standen den 12 044 Stimmen, die Genosse Wurm erhielt, nur zusammen 8676 bürgerliche Stimmen gegenüber. — Im 9. sächsischen Wahlkreise (Freiberg) ist der jetzige Vertreter Dr. Oertel wieder als Kandidat der Konservativen, der Antisemiten und des Bundes der Landwirthe aufgestellt worden. Die Nationalliberalen haben nach der Kartellabmachung auf einen eignen Kandidaten verzichtet; es muß ihnen eine angenehme Aufgabe sein, für den Oberhäuptling der Handelsvertrags-Feindschaft einzutreten! — In Hagen wurde der Abgeordnete Richter als freisinniger Kandidat neu bestätigt. In einer Wählerversammlung wiederholte Richter, um die Feigheit der eignen Partei zu beschönigen, die üblichen Unsinnigkeiten gegen die sozialdemokratische Zolltaktik. Gegen die Reaktionsparteien sprach Richter, nach dem Bericht der „Rh.-W. Ztg.", kaum mit einem Wort; er will ja auch mit ihrer Wahlhilfe wiedergewählt werden. — Die freisinnige Kreisdelegirtenversammlung in Kiel stellte Mittwoch den Konsul Diederichsen als Nachfolger Haenels zum Kandidaten für die nächste Reichstagswahl auf. — Wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, wird von den Polen im gesammten rheinisch-westfälischen Industriebezirk für die Wahlkreise Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Mülheim, Duisburg, Dortmund und Hörde ein und derselbe Kandidat als Zählkandidat aufgestellt werden, nämlich der Abg. Leo v. Czarlinski aus Thorn. — Die nationalliberale Partei in Duisburg hat Dr. Beumer in Düsseldorf als Reichstagskandidaten aufgestellt. Dr. Beumer erklärte sich zur Annahme der Kandidatur bereit. — Für den Reichstagswahlkreis Trebnitz-Militsch haben die Konservativen und der Bund der Landwirthe an Stelle des zurücktretenden bisherigen Abgeordneten, Rittergutsbesitzers v. Salisch den Landtagsabgeordneten Dr. v. Heydebrand und der Lasa aufgestellt. Derselbe hat die Kandidatur angenommen. — In Königsberg in Pr. hat der nationalliberale Wahlverein beschlossen, für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Rechtsanwalt Gyßling, gleich im ersten Wahlgang einzutreten, um den Wahlkreis der Sozialdemokratie wieder zu entreißen. Verlorene Liebesmüh'! Ob das Bürgerthum einen oder zwei oder noch mehr Kandidaten aufstellt, ist völlig gleichgiltig: Königsberg bleibt sozialdemokratisch!

Parlamentarisches. Die XXII. Reichstags-Kommission trat Mittwoch unter dem Vorsitz des Dr. Endemann (NL.) in die Berathung der ihr überwiesenen Novelle zum Krankenversicherungsgesetze ein und beließ im Laufe der Spezialdebatte den § 1 des Gesetzes in der bisherigen Fassung, nachdem sämmtliche weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt worden waren. — Die Budget-Kommission des Reichstages nahm Mittwoch unverändert die Forderung für Ersatz- und Verstärkungsbauten in der Festung Ulm an. Bei Titel Artillerie und Waffenwesen wurde eine Resolution Prinz Arenberg angenommen, welche die Regierung auffordert, im Interesse der Reichsfinanzen bei der Beschaffung des Waffenmaterials thunlichst eine größere Anzahl von Lieferanten heranzuziehen, damit nicht für einzelne Firmen Monopole entstehen. Der Militäretat wurde im Uebrigen unverändert genehmigt. — Die Petitionskommission des Reichstages beschloß am Mittwoch eine Petition betreffend Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Eine Petition des Vereins der deutschen Kaufleute in Berlin, welche sich gegen die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenunterstützung wendet, wird durch frühere Beschlüsse des Reichstages für erledigt erachtet. — Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition, welche die Einführung der Prügelstrafe durch Abänderung des Strafgesetzbuches verlangt.

Die Kommission für das Phosphorzündholz-Gesetz hat, wie schon kurz gemeldet, gemeinsam mit zahlreichen Regierungsvertretern vom Reichsamt des Innern,

dem Reichspatentamt und dem Reichsgesundheitsamt eine Fahrt nach Bettenhausen bei Kassel gemacht, wo sich die Zündholzfabrik befindet, deren Inhaber, Herr Schwiening, im Besitze des Patentes auf Herstellung ungiftiger Zündhölzer aus rothem Phosphor ist. Das Reich hat dieses Patent erworben. Die Fabrik wurde von der Kommission und den Regierungsvertretern besichtigt. Das Herstellungs- und Verpackungsverfahren, das in Gegenwart der Kommission vorgenommen wurde, erschien durchaus gefahrlos, wovon sich die Herren durch den Augenschein überzeugten. Die Annahme des Gesetzes durch die Kommission dürfte nunmehr gesichert sein. — In der Sitzung der Kommission am Mittwoch wurde allgemein anerkannt, daß die Besichtigung der Anlage in Cassel ergeben habe, daß die neue Masse keine Explosionsgefahr biete. Darauf wurden die ersten drei Absätze des § 1 des Gesetzes gegen die Stimme des Abgeordneten Pichler (Z) unverändert angenommen und damit das Verbot der Verwendung von Phosphor ausgesprochen.

Leib und Leben für die Flagge. In der Ansprache an die Rekruten der II. Marine-Inspektion in Wilhelmshaven am Dienstag wies der Kaiser die neu Vereidigten zunächst auf die von ihnen nunmehr übernommene Verpflichtung hin. Er erwarte von ihnen, daß sie mit Leib und Leben für die Flagge, und wenn sie auch nur noch aus einem Fetzen bestehen sollte, eintreten, damit sie dereinst, wenn bei der Außerdienststellung Flagge und Wimpel niedergeholt würden, sich vor ihrem Gewissen sagen können: „Du bist deinem Eide treu geblieben und hast die Flagge rein, makellos und in Ehren gehalten bis zum letzten Augenblick." Der Kaiser verwies dabei auf manches nachahmenswerthe Beispiel in der Geschichte der Marine, auf die alten Hanseaten und ihren Wahlspruch beim Heißen der Flagge, auf den alten „Iltis" und den „Panther". Er erwarte, daß sie, die Vereidigten, es jenen nachthun an Entschlossenheit und Tapferkeit.

Der naive Chinese. Kiautschou ist bekanntlich von Deutschland nur auf 99 Jahre gepachtet worden. Als Anfang Dezember 1902 zum ersten Male der Gouverneur der Provinz Schantung, Tschufu, als Gast in Kiautschou weilte, wurden auch die Kasernen und die Forts von Tsingtau gezeigt. Dabei drückte General Mei, der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen in Schantung, seine Verwunderung darüber aus, daß man derartige Vorkehrungen getroffen habe, einen Platz zu vertheidigen, der nur auf 99 Jahre gepachtet worden sei.

Kleine politische Nachrichten. Ein Fleischschaugesetz unter Einziehung der Hausschlachtungen ist vom Landtag in Reuß j. L. genehmigt worden. Auch in Sachsen-Altenburg wurde ein Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau angenommen; die Trichinenschau soll vom 1. Oktober d. Js. ab eingeführt werden. — Wie der „Frankf. Ztg." aus Newyork gekabelt wird, streben die Mächte die Erledigung der Venezuela-Angelegenheit ohne Heranziehung des Haager Schiedsgerichtshofes an. Venezuela sei damit einverstanden. — Die britischen Truppen haben im Hinterlande von Yemen eine beherrschende Stellung eingenommen. Die Türken haben sich aus allen Plätzen, welche die Engländer für sich in Anspruch nehmen, zurückgezogen. — In Chile haben die vereinigten Liberalen und Konservativen bei den allgemeinen Wahlen einen großen Sieg über diejenige liberale Gruppe davongetragen, auf welche der Präsident Riesco sich stützt. Man erwartet daher wichtige politische Veränderungen. — Ueber eine neue Schlappe der Amerikaner auf den Philippinen wird aus Manila gekabelt: Die Stadt Ous (Provinz Albay) wurde Montag von den Aufständischen eingenommen. Die aus Polizeitruppen bestehende amerikanische Garnison wurde überwältigt; zwei Mann wurden getödtet, 15 gefangen genommen. Der Kommandant erbat aus den übrigen Provinzen Verstärkungen.

Holland.

Der Kampf um das Koalitionsrecht in Holland ist in vollem Gange. Die erste, Dienstag Abend von den christlichen, also „antirevolutionären" Arbeitervereinen in Amsterdam abgehaltene Versammlung nahm einen unerwarteten Ausgang. Als Sprecher trat das christliche Kammermitglied Fissa auf. Die Sozialisten gewannen jedoch die Oberhand, man nahm eine Resolution gegen die Streikgesetz-Entwürfe an und erklärte sich zum Ausstand bereit. Die Interpellationen Troelstra und Mees, betreffend das Truppenaufgebot und den Streik, werden voraussichtlich morgen in der Kammer zur Verhandlung gelangen. Der nächste Sonntag ist von den Sozialisten als allgemeiner Protesttag gegen die Streikgesetze proklamirt worden; in 40 Städten sollen Meetings abgehalten werden.

England.

Einen Gesetzentwurf zur Beschränkung der Einwanderung hat Howard Vincent im Unterhause eingebracht. Die Bill macht die Einwanderung bereits bestrafter Ausländer in Großbritannien und Irland zu einem strafbaren Vergehen und bestimmt ferner, daß Ausländer, welche in Großbritannien wegen Verbrechen verurtheilt werden, auch zugleich zur Ausweisung verurtheilt werden sollen. Diese Bill ist nur als zeitweilige Maßregel gedacht, bis die jetzt tagende königliche Kommission Gesetze zur Regelung des Einwanderungswesens vorschlägt; sie wird unterstützt von acht Konservativen und einem unabhängig liberalen Abgeordneten.

Marokko.

Ueber die derzeitige Lage in Marokko drahtet man der „Frankf. Ztg." aus Madrid: Bu Hamara griff das Sultansheer südwestlich von Taza an und erzwang dessen Rückzug. Die Situation des Sultans ist wieder ungünstiger, da die Truppen an vier Orten die Rebellen erfolglos bekämpfen. Fez ist von Truppen entblößt. Man ist sehr beunruhigt, da drei Risstämme dem Prätendenten sich anschlossen. Glücklicher als der Sultan scheint der Kriegsminister in seinem Kampfe gegen die Aufständischen gewesen zu sein. Wenigstens meldet „Agence Havas" aus Tanger: „Kriegsminister Menebhi zerstörte das Duar des Senhadschastammes und tödtete die Einwohner; ferner brannte er die Stadt Ain Medinna nieder. Nur vierzig Menschen entkamen. Der Kabylenstamm Schiatia unterwarf sich dem Sultan." — Nach einem weiteren Telegramm der „Correspondencia d'Espana" aus Tanger ist dort eine Bewegung gegen die Fremden ausgebrochen; zwei Spanier seien verwundet worden. Der spanische Gesandte habe energische Vorstellungen erhoben.

Korea.

Eine Militär-Reorganisation bereitet sich in Korea vor. Der Kaiser dieses, von Rußland und Japan umstrittenen, Landes hat seine Minister beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, welcher die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf Korea bezweckt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 5. März 1903.

Die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter Fackenburgs und Umgegend sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommissionen.

Ein freisinniges Organ ist den Lübeckern in dem bisher in Schlutup herausgegebenen, nunmehr nach Lübeck verlegten Heise'schen „Lübecker Stadt- und Landbote" erstanden. Verschiedene Herren der freisinnigen Volkspartei erlassen nun an der Spitze des genannten Blattes einen Aufruf, in welchem sie ihre Freunde zum Abonnement einladen. In diesem Aufruf heißt es u. A.: „Unser Blatt wird nicht allein für Kaiser und Reich, sondern auch für die Rechte des Volkes eintreten." Dieser Satz entspricht ganz den Anschauungen des alten Eugen Richter. In wahrhaft „freisinniger" Weise will das Blatt für dasselbe Reich eintreten, dessen Parlament, unter direkter und indirekter Unterstützung des Richter'schen Häufleins, durch den Zolltarif dem Volke neue unerschwingliche Lasten aufgebürdet hat — gleichzeitig aber will es die Rechte des Volkes vertreten! Die freisinnigen Helden scheinen zu vergessen, daß Niemand zweien Herren dienen kann. — Im Vertrauen auf den echten demokratischen Geist unserer Bevölkerung geben wir der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Liebesgirren der Herren Pape und Konsorten erfolglos sein und daß ferner eine Zeitung, welche bald kann schreiben rechts, bald links, in Lübeck keinen festen Fuß fassen wird! Wenn aber die Herren glauben sollten, mit Hülfe ihres neuen Organs eine nennenswerthe Zunahme der freisinnigen Stimmen bei der nächsten Reichstagswahl zu erzielen, dann befinden sie sich ganz gewaltig auf dem Holzwege! Eine politische Organisation, die bereits auf eine Prinzenkandidatur gekommen ist, kann in einer Stadt wie Lübeck niemals Erfolge erzielen. Als Mummelgreis kann sich diese Partei mit der nationalliberalen ein Plätzchen hinterm Ofen theilen, sintemalen sie zum frischen, fröhlichen Kampf denn doch schon etwas steifbeinig geworden sind. Das Kampffeld mögen sie getrost der jugendfrischen Sozialdemokratie überlassen, die es mit der Vertretung der Volksrechte wirklich ernst meint!

Eine öffentliche Bäckerversammlung, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte, tagte am Dienstag im Lokale des Herrn Gurke, Stavenstraße. Kollege Wiggers-Hamburg referirte in ca. 1½stündigen Ausführungen über die Lehrlingsfrage. Redner führte die große Arbeitslosigkeit im Berufe mit auf die übermäßige Lehrlingszüchterei zurück. In seinen weiteren Darlegungen wies der Redner darauf hin, daß die Agenten mit allen möglichen Mitteln Eltern und Vormünder veranlaßten, die Kinder dem Bäckerberuf zuzuführen. So sind z. B. aus einem kleinen thüringischen Städtchen in einem Quartal 45 Bäckerlehrlinge nach Hamburg gekommen. Um alle diese hier herrschenden Mißstände zu beseitigen, empfahl Redner den Anschluß an den Verband. In der Diskussion sprachen mehrere Redner gegen die Bestrebungen des Verbandes, wurden aber von mehreren Mitgliedern und dem Referenten gebührend heimgeleuchtet.

Wo ist das Mädchen? Seit Dienstag Nachmittag wird ein in der Hüxterthor-Allee in Stellung befindliches Dienstmädchen vermißt. Man nimmt nun an, daß das Mädchen, welches in letzter Zeit Spuren von Trübsinn gezeigt haben soll, im Krähenteich den Tod gesucht und gefunden hat. Bestärkt wird man in dieser Annahme noch durch den Umstand, daß spielende Kinder gestern in der Nähe des Dükers einen der Vermißten gehörenden Hut und Schirm gefunden haben.

Vom Hafen. Im verflossenen Monat gelangten auf dem Seewege 71 Dampfer und 9 Segler nach hier, während 70 Dampfer und 10 Segler abgingen. Auf der Untertrave kamen 171 Flußschiffe an und 170 gingen ab. Den Elbe-Trave-Kanal passirten 35 Schiffe ankommend und 54 ausgehend. An lebendem Schlachtvieh wurden 71 Rinder und 1 Kalb seewärts eingeführt.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Gefundene Gegenstände. Im Monat Februar sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Ein Packet mit Nähgarn 2c., ein schwarzer Gürtel, eine weiße Spitzendecke, ein Paar Pantoffel, eine Fahrradglocke, ein Packet Postkarten, eine Boa, eine Sparbüchse, zwei Paar Strümpfe, ein Telephonbuch fürs deutsche Reich, eine Brosche, ein Haarkamm, eine Hutnadel, ein einzelner Handschuh, ein Handstock und mehrere Portemonnaies.

Stadt-Theater. Man schreibt uns aus dem Theater-Bureau: Freitag gastirt Frau Wiecke zum letzten Male als Judith in der gleichnamigen Tragödie von Hebbel. Die außerordentlich günstige Aufnahme der Künstlerin beim hiesigen Publikum gelegentlich der gestrigen Aufführung von Ibsen's „Die Frau vom Meer" läßt Frau Wiecke zu ihrer morgigen Abschiedsvorstellung ein volles Haus wünschen. Auch zu dieser Aufführung sind die Preise nicht erhöht worden.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: bei der Firma J. J. Struve in Lübeck: Dem K. A. F. Hildebrand in Lübeck ist Prokura ertheilt; bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Sal. L. Cohn in Lübeck: Die Gesellschaft ist durch den Tod des Gesellschafters S. L. Cohn aufgelöst. Die Prokura des E. E. Joel ist erloschen. E. E. Joel ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 27. Februar 1903 begonnen; die Firma Oskar Störzner in Lübeck. Inhaber: F. O. Störzner, Kaufmann und Mechaniker, Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Fahrrad-, Nähmaschinen- und Automobilhandlung.

Zuzug von Arbeitern nach der Herrn Lohrmann in Lübeck gehörenden Faßfabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

pb. **Unüberlegte Handlungsweise.** Gestern Abend gegen 7 Uhr wurde von einem im 14. Lebensjahre stehenden Schulknaben aus einem verschlossenen Schaukasten, der im Eingang zum Flur eines an der Hüxstraße belegenen Geschäftshauses hing, ein Buch gestohlen. Der Knabe, der bei der That ertappt wurde, bog die Thür des Kastens unten zurück und hätte nach seinem eigenen Geständniß sämmtliche darin befindlichen Bücher und die anderen Sachen herausgenommen, wenn sie nicht festgenagelt gewesen wären.

Oldesloe. Eine ganze Familie von hier hatte gestern im Altonaer Landgericht auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Es handelte sich um den Pantoffelmacher M., dessen Ehefrau und Sohn. Ersterer war wegen Betrugs, die Frau wegen strafbaren Eigennutzes und der Sohn wegen Beihülfe zu letzterem Vergehen angeklagt. Der Ehemann M. und dessen Frau haben die Gütergemeinschaft mit einander ausgeschlossen, und als die Frau im vorigen Jahre sich ein neues Haus bauen ließ, machte der Mann bei verschiedenen Lieferanten Bestellungen und gerirte sich als der Eigenthümer des Hauses. Da später die Lieferanten kein Geld bekommen konnten und sich herausstellte, daß er gar nicht der Eigenthümer des Hauses war, wurde er wegen Betrugs denunzirt und auch angeklagt. Die Frau hatte sich zu dem Bau 2000 Mark geliehen und dieses Geld sollte zu einer bestimmten Zeit zurückgezahlt werden. Sie wurde, als die Zurückzahlung nicht erfolgte, verklagt und die Pfändung des Hauses stand in Aussicht. Nun hat sie schleunigst, um das Haus nicht zu verlieren, dieses dem Sohn verschrieben. Dadurch sollen sie und der Sohn sich schuldig gemacht haben. Alle drei Angeklagte mußten aber freigesprochen werden, da gegen die Mutter und den Sohn kein rechtsgültiger Strafantrag vorlag und weil der Hauptzeuge gegen den Mann erklärte, er würde ihm auch die Waaren verabfolgt haben, wenn er die Wahrheit gesagt hätte.

Plön. Einen seltsamen Strafbefehl hat das Amt Rixdorf, Kreis Plön ausgefertigt. Nach der „Schlesw.-Holst. Volksztg." lautet es also:

Nr. 11 der Strafliste des Jahres 1903.
Rixdorf, den 9. Februar 1903.

Sie haben sich als Geselle bezeichnet, ohne den Nachweis über die besondere Prüfung erbracht zu haben.

Die Uebertretung wird bewiesen durch amtliche Feststellung.

Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des 360, 8 R.-Str.-G.-B. eine bei der hiesigen Amtskasse zu erlegende Geldstrafe von 3 (drei) Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht beizutreiben ist, eine Haft von 1 (einem) Tage, hiedurch festgesetzt, auch haben Sie Ihre Legitimationspapiere berichtigen zu lassen.

(Folgt der Hinweis auf den dem Missethäter offen stehenden Weg der gerichtlichen Entscheidung.)

Amtl. Stempel. Der Amtsvorsteher: Schröder.

An den Maurergehilfen
Herrn N. N. in D.

Nun lautet der angezogene Paragraph:

„Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft wird bestraft:

8. Wer unbefugt eine Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt, oder Titel, Würden oder Adelsprädikate annimmt, ingleichen, wer sich eines ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient."

Es wäre interessant, zu erfahren, ob der biedere Amtsvorsteher von Rixdorf die Bezeichnung Geselle als eine Uniform, Amtskleidung, Amtszeichen, Orden oder Ehrenzeichen, Titel, Würde oder Adelsprädikat auffaßt. Und da sage noch einer, der Humor sei ausgestorben.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Tapezierer von Bant-Wilhelmshaven sind in eine Lohnbewegung getreten. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit, einen Minimallohn von 35 Pfg. für Ausgelernte und von 45 Pfg. für alle übrigen Gehülfen. Gleichfalls erstreben sie die Abschaffung der Akkordarbeit und eine 1jährige Tarifgemeinschaft.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg ist ein Verein „Seefahrt" gegründet worden, der die Fürsorge für die Zukunft eines tüchtigen deutschen Seemannsstandes bezweckt. — In Hamburg erregt der Selbstmord eines Lehrers mittels Gift großes Aufsehen. — In Ausübung seines Berufes stürzte in Hamburg ein Glaser von der 3. Etage auf das Pflaster und war sofort todt. — Nachdem er 4 Jahre fahnenflüchtig gewesen, wurde ein Matrose ermittelt und festgenommen. Dienstag erhielt er nun vom Kriegsgericht in Kiel 2½ Jahre Gefängniß und Versetzung. Kurz vor der Urtheilsverkündigung sprach der Angeklagte die Bitte aus, er möge lieber Zuchthaus als Gefängniß haben, denn er sei schon 32 Jahre alt und habe keine Lust, nach Verbüßung der Strafe weiter zu dienen. — Nach einer Kieler Meldung ist der Schiffsjunge Boehme vom Schulschiff „Moltke" während der Ueberfahrt des Schiffes von Gibraltar nach Dartmouth über Bord gefallen und ertrunken. — Wegen Unterschlagung von 69,85 Mk. amtlicher Gelder verurtheilte das Flensburger Schwurgericht den Stationsvorsteher und Bahnagenten in Büttel zu 6 Monaten Gefängniß. Der Mann, der 5 Kinder hat, bezog ein Monatsgehalt von 80 Mk. Wirklich eine „glänzende" Bezahlung! — In Rehna brannte Dienstag das Haus des Maurers Karnatz am Triangel während der Nachtzeit total nieder. Nur mit vieler Mühe gelang es, die schlafenden Bewohner zu retten.

Hamburg. Um gute Schießresultate zu erzielen, wurden am 6. November 1902 auf dem Schießstande des 76. Regiments beim Schulschießen der 7. Kompagnie Mogeleien begangen, die schon das Kriegsgericht beschäftigt haben. Der Hauptschuldige, Schießunteroffizier Groth, erhielt 3 Monate, Unteroffizier Hennings 2 Monate und Unteroffizier Heidsick 43 Tage Gefängniß, während der Schreiber Dahms und der Musketier Schmuhl freigesprochen wurden. Gegen dieses Urtheil legte der Gerichtsherr wegen Freisprechung des D. und der zu niedrigen Bestrafung der Unteroffiziere und diese wegen zu hoher Bestrafung Berufung ein, mit welcher sich das Oberkriegsgericht beschäftigte. Der Thatbestand ist folgender: Während in der ersten Stunde des Schießens, unter Aufsicht des Leutnants von Görner von 18 Schießenden 14 Mann die Bedingungen erfüllten, änderte sich das Resultat unter der Aufsicht des Hauptmanns von Holstein, denn nun schossen von 19 Mann nur 4 die Bedingungen, was den Hauptmann veranlaßte, die Sache zu untersuchen. Die noch ziemlich neue Scheibe stimmte in 13 Fällen nicht mit den Schießlisten überein, wodurch schon die Mogelei festgestellt war. Als Hauptschuldiger wurde der Unteroffizier Groth angesehen, während die anderen beiden Unteroffiziere sich nur „herausgeschossen" haben, d. h. als sie die Bedingungen nicht erfüllten, wurden die Schießlisten einer „Korrektur" unterzogen, und zwar durch den Schreiber Dahms, welcher den Unteroffizieren diese Gefälligkeit erweisen zu sollen glaubte. In der Berufungsinstanz sagte der Angeklagte Groth aus, daß der Haupt-

von Holstein Schuld an der Differenz beim Schießen sei. Hauptmann v. H. sei sehr aufgeregt und rüge fortgesetzt, so daß niemand unter dessen Aufsicht ruhig schießen könne. Er habe sogar mit Stühlen und einem Tintenfaß geworfen, und in Gegenwart von Untergebenen müßten sich die Unteroffiziere die größten Schimpfwörter gefallen lassen. Nach Aussage des Angeklagten Hennings hat der Hauptmann auf dem Schießstande Leute mißhandelt. Das Oberkriegsgericht verurtheilte Groth zu 6 Monaten 15 Tagen Gefängniß, Degradation und Versetzung; Hennings und Heidsick erhielten je 3 Monate Gefängniß und Degradation und der Schreiber Dahms vier Wochen Mittelarrest.

Hamburg. Eine polizeiliche Haussuchung fand nach langer Pause gestern wieder einmal in den Redaktions- und Geschäftsräumen des „Hamb. Echo" statt. Die Polizei trug Verlangen nach der zweiten Beilage des „Hamburger Echo" vom Sonntag, 1. März, und nach dem Manuskript der Wochenplauderei, in welcher der Oberstaatsanwalt eine „Majestätsbeleidigung" (!) erblickt. Es ist jedenfalls neu, daß die „republikanische" Staatsanwaltschaft sich jetzt schon nicht mehr damit begnügt, ihre schützenden Fittiche über den tugendsamen König Kleopold auszubreiten, sondern sich sogar der alten assyrischen Fürsten liebevoll annimmt und nicht dulden will, daß deren Leben und Wirken in niedlichen Versen besungen wird. Nur gut, daß die alten babylonischen Ziegelsteine mit ihren Inschriften der Amtsgewalt des Staatsanwalts entrückt sind, so daß die babylonischen Wochenplauderer nichts mehr zu befürchten haben. Die Staatsanwaltschaft dürfte wohl selbst zu der Ueberzeugung gelangen, daß die alten Babylonier von Gottes Gnaden sich zu solchen staatsanwaltlichen Aktionen nicht eignen. Die haussuchende Polizei nahm einige Exemplare der „staatsgefährlichen" Nummer des „Hamb. Echo" mit. Das gesuchte Manuskript wurde natürlich nicht gefunden.

Bremen. Der Streik der Plätterinnen in Woltmershausen ist zu Ungunsten der Plätterinnen beendigt. Sämmtliche Plätterinnen sind von dem Verein der bremischen Wäschereibesitzer ausgesperrt. Die Wäschereibesitzer verlangen Austritt aus dem Verband. Dies Attentat auf das Koalitionsrecht glauben die Arbeiterinnen auf andere Weise zurückschlagen zu können. Sie haben, hoffend auf die Unterstützung der bremischen Bevölkerung, den Beschluß gefaßt, unter der Firma „A. Bornemann u. Ko." eine eigene Wäscherei und Plätterei zu errichten.

Briefkasten.

H. W. Das lübeckische Wappen besteht lediglich aus einem schwarzen, rothbewehrten Doppeladler, dessen Brust mit einem von Silber und Roth quergetheilten Schildchen belegt ist. Lübeck als Frauenfigur, Lubeca, dargestellt, ist Phantasie und bietet deshalb jedem Darsteller freiesten Spielraum.

Lübecker Marktpreise vom 4. März

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Hasen Stck. —,— Mk., Enten Stck. 3,25 Mk., Hühner Stck. 2,00 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans 3,25 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk. Eier 10 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 4. März

Der Schweinehandel verlief sehr flau.

Zugeführt wurden 410 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandschweine, schwere 52—54 Mk., leichte 49—51 Mark, Sauen 42—47 Mk. und Ferkel 45—48 Mk. pro 100 Pfund.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen an

Ferd. Möller und Frau.

Dienstag Morgen starb nach längerem Leiden unser lieber Sohn **Karl** im Alter von 1 Jahr.

Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern

Th. Thode und Frau,
geb. Werner.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sagen allen Betheiligten unsern herzlichen Dank.

A. Jäger und Familie.

Umstände halber zum 1. April **die 2. Etage,** enth. 3 Zimmer nebst Zubehör zu vermiethen

Meierstraße 7 b, p.

Ein gr. heizb. Zimmer nebst Keller ist zu vermiethen. Näheres

Lindenstraße 17 a, I.

Musiklehrlinge

finden zu jeder Zeit bei mir freundliche Aufnahme und gewissenhafte Ausbildung in der Musik. Es wird gewährt freie Station im eigenen Hause, Instrumente und Noten, sowie Unterricht im Orchester- und Klavierspiel. Lehrzeit 4 Jahre, nach Uebereinkunft auch kürzere Zeit.

Neustadt (Hafenstadt), Holstein.

C. Klahn, Musikdirektor.

Gesucht ein Bursche

im Alter von 12—13 Jahren.

Näheres in der Exped. d. Bl.

Jüngerer Hausbursche

per sofort gesucht.

W. Blumenthal, Kohlmarkt.

Gesucht zum 1. April oder 1. Mai **ein ordentliches Mädchen,** welches Ostern die Schule verläßt, zu leichten häuslichen Arbeiten

Hüxstraße 61.

Kartoffelland gesucht in der Nähe der Lohmühle. Näh. Reiferstraße 38.

Hühnerstall zu kaufen gesucht.

Angebote unter **A R 17** an die Exped. d. Bl.

Plättpfanne mit 3 Plätteisen,

sehr wenig gebraucht, billig zu verkaufen

Böttcherstraße 4.

Ein guterhaltener Kinderwagen

billig zu verkaufen Drögestraße 10, II.

Achtung! Für Brautleute!

Plüsch-Garnituren, Sofas, Rohr- und Polsterstühle, Vertikows, Pfeilerspiegel, Trumeaux mit Simse, Spiegel und Kleiderschränke, Bettstellen mit Matratzen, Waschtische, Sofatische, Küchenschränke u. s. w. alles ganz enorm billig, nur

Beckergrube 20.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Empfehle mich zum **Aufpolstern von Möbeln** sowie zu allen in meinem Fache vorkommenden Arbeiten.

F. Buchholz, Pelzerstraße 6.

Sämmtliche Handarbeiten werden angefertigt Bleicherstraße 4, II.

Daselbst ein Maskenanzug (Zigeunerin) zu verm.

Gut. bürgl. Mittagstisch

Fischergrube 28.

Prima Schweinefleisch per Pfd. 60 Pfg.
Prima Karbonade . . " " 70 "
Kopf und Bein . . . " " 25 "
Gek. Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg., ger. Leberwurst 70 Pfg., Braunschweiger Wurst 50 Pfg., Preßwurst 60 Pfg., frisches Kopffleisch 30 Pf., Bratwurst St. 10 Pf., Schwarzsauer 10 Pf. Jeden Sonnabend warmes Kochender Pfd 50 Pf.

H. Lahrtz, Böttcherstr. Fernspr. 1291

Prima junges fettes

Wildfleisch

à Pfund 40 Pfg.

W. Holst, Böckerstr. 13a, Mühlenthor.

Sozialdemokratischer Verein.

Märzfeier 1903

bestehend in

Konzert, Gedächtnissrede und Aufführung von lebenden Bildern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins und turnerische Aufführungen des Arbeiter-Turn-Vereins

am Mittwoch den 18. März im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstr. 50—52.

Gedächtnißrede gehalten vom Genossen J. Stelling.

Anfang 8½ Uhr. **Saalöffnung 8 Uhr.** **Eintrittspreis 20 Pfg.**

Karten sind zu haben: Im „Vereinshaus", Johannisstraße 50/52, bei C. Wittfoot, Hüxstraße 18, in der Exped. des „Lüb. Volksboten" und bei sämmtlichen Bezirksführern und Komiteemitgliedern.

Das Komitee.

Total-Ausverkauf

wegen

gänzlicher Aufgabe

der

fertigen Garderoben

mit 30—60 % unter Preis.

Friedrich Baurenfeind

Telephon 1365. Mühlenstrasse 34.

Die Rechte u. Pflichten des Miethers.

20 Auflage. Preis 20 Pfg.

Von **Richard Lipinski.**

Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde u. Familie.

Herausgegeben von

Emanuel Wurm

unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten.

Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

General-Versammlung

am Donnerstag den 5. März

präzise 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Vorstandswahl. Gaukonferenz. Festlichkeit 1903. Statutenabstimmung. Fragekasten. Verschiedenes.

Der Vorstand

Nur hiesige Waare.

Schweinefleisch	Pfd.	60 Pf.
Pr. hies. Flohmen	"	70 "
Geräucherter Speck	"	70 "
Kopf und Bein	"	25 "
Kalbfleisch	"	35 "
Rindfleisch	"	50 "
Rauchfleisch in Stücken	"	65 "

W. Strohfeldt,

Schweineschlachterei en gros

Glockengießerstraße 73

Fernsprecher 1169.

Markthallenstand Nr. 14 und 15

Nur hiesige Waare.

Oeffentliche Kartell-Versammlung

am Freitag den 6. März 1903

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Eingegangene Sachen.
2. Jahresbericht des Arbeitersekretärs.
3. Stellungnahme zu der Anstellung einer ständigen Hülfskraft im Arbeitersekretariat.

Vollzähliges Erscheinen der Delegirten ist erwünscht.

Die Kartell-Kommission.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . .	**1,80**—6,45
Maurerhosen . .	**2,60**—6,75
Schlosserhosen .	**1,88**—5,25
Ueberziehhosen .	**0,88**—2,35
Zwirn-Hosen . .	**1,38**—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, **1,23**
Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von **30** Pfg bis 1,88 Mk.

Club Fidelitas.

Gr. Familien-Abend (Kappenfest)

am Sonntag den 8. März d. J.

im Concordia-Garten (Fr. Frahm).

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Um 7½, 9 und 11 Uhr: Quadrille

Fremdenpreis 50 Pfg., Damen frei.

NB. Das **Tanzen** ohne Kappe ist **nicht** gestattet. Kappen sind im Lokal erhältlich.

Der Vorstand.

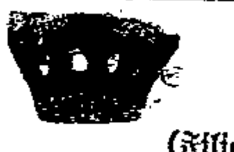
Circus Variété

Kommen! Sehen! Staunen!

Anfang 8 Uhr.

Freitag:

Großer Gala-Familienabend.



Panorama

(Filiale Berlin, Passage)

Breitestrasse 53, 1. Etg.

Hochinteressante Wanderung durch die

Sächsische Schweiz.

Stadt-Theater.

Freitag 6. März, 7½ Uhr:

159. Vorst. 139. Abonn.-Vorst. 23. Freitags-Ab.

Letztes Gastspiel Alwine Wiecke:

Judith.

Tragödie in 5 Akten von Hebbel.

Sonnabend u. Sonntag 2 Gastspiele Schall u. Rauch.

Sonntag Nachmitt. bei ermäßigten Preisen: **Im weißen Rößl.**

Im **Wilhelm-Theater:** Sonnabend: **Alt-Heidelberg.** Sonntag: **Der Obersteiger.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 55. Freitag den 6. März 1903 10. Jahrgang.

Demokratie und Sozialpolitik in der Schweiz.

Inmitten der reaktionären Strömungen, die durch den Zolltarief nur noch gestärkt werden, ist man auch über einen kleinen demokratischen Fortschritt schon erfreut. Der Kanton Aargau, der ehemals an der Spitze der Freiheitsbewegung gestanden, aber seit Jahren unter der ausschließlichen Herrschaft der Radikalen versumpft ist, ist nämlich im Begriff, einen demokratischen Fortschritt zu machen. Der Kanton Aargau ist einer der wenigen Kantone, in denen die Regierung und die Vertreter im Ständerathe durch den Kantonsrath gewählt werden, während in der großen Mehrzahl der Schweizerkantone diese Wahlen durch das Volk getroffen werden. Der Große Rath (Landtag) des Kantons Aargau hat nun mit 99 gegen 38 Stimmen beschlossen, dem Volke ohne weiteres ein bei ihm eingereichtes Initiativbegehren über die Volkswahl der Regierung und der beiden Vertreter im Ständerathe zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Minderheit der 38 wollte zunächst die Ausarbeitung einer Vorlage durch den Großen Rath und die Volksabstimmung darüber vor derjenigen über das Initiativbegehren. Offenbar sind sie von jener Sorte Politiker, die immer etwas anderes wollen, als gerade zur Behandlung steht, um so durch Verschleierung ihrer reaktionären Gesinnung immer und überall den Fortschritt zu erschweren. An der Annahme des Initiativbegehrens in der Volksabstimmung ist wohl nicht zu zweifeln.

In Basel soll der Stimmzwang eingeführt werden. Seine Freunde sind die Sozialdemokraten und die Freisinnigen, diese haben bisher sogar von dessen Einführung ihre Zustimmung zum Proporz abhängig gemacht, weil sie sich davon parteipolitische Vortheile versprechen. Etwas Neues ist der Stimmzwang in der Schweiz nicht, er besteht bereits in verschiedenen Kantonen und zwar zum Theil mit Strafolgen für die Nichtstimmenden. In die Kantonen beträgt die durchschnittliche Betheiligung der Stimmberechtigten an den Wahlen und Abstimmungen 73 Proz., in jenen Kantonen mit Stimmzwang ohne Strafen 57 Proz. und in den Kantonen mit der völligen Freiheit der Stimmbetheiligung nur 52 Proz. Die Erfahrungen sind also dem Stimmzwang mit Straffolgen durchaus günstig. In Basel haben nun 1674 Stimmberechtigte dem Großen Rathe ein Initiativbegehren um Einführung des Stimmzwanges eingereicht und es wurde nach lebhaften Debatten für erheblich erklärt und der Regierung zur Prüfung überwiesen. Dagegen stimmten nur die Konservativen, die von dem Stimmzwang ohne den Proporz nichts wissen wollen. Die Sozialdemokraten betrachten den Stimmzwang als den Bahnbrecher für den Proporz und darum schließt der Baseler „Vorwärts" einen Artikel: „Es lebe der Stimmzwang! Es lebe der Proporz!"

Angesichts des dem deutschen Reichstage vom Bundesrath zugegangenen Gesetzentwurfs über das Verbot der Verwendung von giftigem Phosphor zur Zündholzfabrikation dürfte es einiges Interesse bieten, zu erfahren, wie die Sache in der Schweiz gemacht wurde. Die ersten Schutzmaßnahmen gegen die Gesundheitsgefahren der Phosphorverarbeitung wurden in den siebziger Jahren getroffen, aber erfolglos. Daraufhin wurde 1881 die Verwendung des giftigen Phosphors verboten, aber die Folge davon war die Flucht in die Schlupfwinkel der Hausindustrie, die jeder Kontrolle entzogen war und die Phosphornekrose erst recht förderte. Da anderseits die Fabriken nur ein schlechtes neues Fabrikat herstellten, gab es in den weitesten Volkskreisen große Unzufriedenheit und so wurde 1882, ein Jahr nach seinem Erlaß, das Phosphorverbot wieder aufgehoben. Ein wahrer Schwabenstreich! Im Jahre 1895 gelangte eine Vorlage über Einführung des Zündholzmonopols zur Volksabstimmung, die jedoch verworfen wurde. Endlich im Jahre 1898 warde das bestehende Gesetz über Verbot der Fabrikation, der Einfuhr und des Verkaufs von Phosphorzündhölzchen geschaffen und ohne Volksabstimmung im Februar 1899 rechtskräftig. Aber es wurde nur allmählich durchgeführt. So trat am 1. Juni 1899 das Verbot der Einfuhr von Phosphorzündhölzen und von gelbem Phosphor in Kraft, am 30. Juni 1900 das Verbot der Fabrikation und am 31. März 1901 das Verbot der Ausfuhr und des Verkaufs von Phosphorzündwaaren. Das Uebergangsstadium dauerte 2 Jahre.

Schwierigkeiten bereitete die Einführung eines neuen Rezeptes, da die aus drei Chemieprofessoren und drei Beamten der Fabrikinspektion sowie dem Chef des Industriedepartements bestehende Expertenkommission unter 17 Offerten kein brauchbares herausfinden konnte. Eines davon, das sogenannte „Französische", für überall entzündbare Zündhölzchen, wurde nach weiteren Verbesserungen zugelassen und Ende 1901 von 17 Fabriken benutzt, während vier Fabriken schwedische Sicherheitszündhölzchen herstellten.

Einen glänzenden Durchfall erlebten die 25 Zündholzfabrikanten, von denen einer schon seit 1892 gar nicht mehr fabrizirte, mit ihrem Beutezugsversuche auf die Bundeskasse, die ihnen 300000 bis 400000 Franken, rund und nett 1000 Franken für jeden Arbeiter, als „Entschädigung" schenken sollte. Nach den Berechnungen der Fabrikinspektoren würde der eine 75 Proz. des Werthes seiner Fabrik nebst Inventar, der andere 77 Proz. und ein dritter gar 142 Proz. erhalten haben. Aber der Bundesrath beantragte bei der Bundesversammlung unter eingehender Begründung sowie wirksamer Widerlegung der Gründe der Fabrikanten-Eingabe deren Abweisung und die Bundesversammlung beschloß demgemäß. Der Bundesrath bestritt insbesondere jede Entschädigungspflicht des Staates im vorliegenden Falle und betonte anderseits dessen Pflicht, die Arbeiter zu schützen. Würde das Gesetz streng angewendet und so verhütet worden sein, daß die Fabriken zu Vergiftungsanstalten für die Arbeiter wurden, so würde die Mehrzahl der Zündholzfabrikanten schon längst nicht mehr lebensfähig gewesen sein. Ein interessantes nachträgliches Geständniß des Bundesrathes. Er konstatirte dann noch weiter, daß noch niemals wegen Arbeiterschutzmaßnahmen von Fabrikanten Entschädigungen gefordert oder solche bewilligt wurden.

Ueber die Durchführbarkeit des Phosphorverbots, das bereits wiederholt übertreten und wofür entsprechende Strafen verhängt wurden, liegen mehrere Berichte vor. Im Berichte der Züricher Handelskammer für 1901 heißt es darüber unter anderem: „Das neue Zündhölzchen fiel anfangs noch nicht tadellos aus, da die Fabrikanten die Eigenschaften des Phosphor-Sasquisulfids, eines Hauptbestandtheiles der neuen Zündmasse, noch zu wenig kannten und es auch nicht immer in der richtigen Beschaffenheit erhielten. Immerhin dürfte jetzt der Beweis erbracht sein, daß mit Phosphor-Sasquisulfid ein Zündhölzchen hergestellt werden kann, das die Phosphorzündhölzchen ersetzt und ebenso haltbar macht." Ferner wird mitgetheilt, daß seit dem Inkrafttreten des Phosphorverbots der Verbrauch der schwedischen Zündhölzchen bedeutend zugenommen hat. Der Fabrikinspektor Rauschenbach-Schaffhausen berichtet: „Die Fabrikanlagen dürften nunmehr nach vielem Ach und Weh endlich den Anforderungen von Gesetz und Verordnungen entsprechen. Mißstände haben sich bis jetzt bei der Fabrikation nicht gezeigt und es entsprachen auch nach unseren Beobachtungen und Untersuchungen die im 3. Kreis erzeugten Hölzchen den billigerweise zu stellenden Anforderungen. Bei der Beurtheilung der Waaren im Verkehr bewährt sich als ganz vorzügliches Kontrollmittel die auf den Paketen und Schachteln angebrachte Firma oder das Fabrikzeichen, das den Ursprung des Fabrikats ohne weiteres festzustellen gestattet." Thatsächlich ausgerottet ist nun in der Schweiz die schreckliche Phosphornekrose, der der jahrzehntelange Kampf galt. Ein im Jahre 1901 noch vorgekommener Erkrankungsfall hatte seinen Ursprung nach der ärztlichen Feststellung in der Endzeit der Phosphorzündhölzchenfabrikation. Das Gesetz hat also seinen menschenfreundlichen Zweck durchaus erreicht.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Luxusmöbel-Fabrik von G. Wunderlich in Lübbenau sind Differenzen ausgebrochen. Alle Verhandlungen mit dem Unternehmer sind gescheitert; darauf hin haben sämmtliche Tischler, Drechsler, Polirer, Bildhauer und Maschinenarbeiter, ca. 60 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. — Ein Streik der Mangler, an dem 33 Mann betheiligt sind, ist in Sarau ausgebrochen. Die Situation ist den Ausständigen günstig. Der Bürgermeister will einen Vermittelungsversuch machen. — Bei der Firma Rohland u. Poland, Uhrgehäusefabrik in Crimmitschau, haben 30 Personen die Arbeit wegen fortgesetzter Lohnreduktion niedergelegt. Der Betrieb ruht vollständig. Nur zwei Handarbeiter, ein Maschinenmeister und der Werkführer sind in der Fabrik verblieben. Die Firma glaubte noch dadurch einen Trumpf ausspielen zu können, daß sie am Sonnabend den Akkordarbeitern den Lohn vorenthielt. — Bei verw. Stief, Feilenfabrik, Chemnitz, sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. — Die Arbeit niedergelegt haben die sämmtlichen Former der Metallgießerei Richard Gradenwitz in Berlin. Lohnabzüge gaben den Anlaß. Verhandlungen verliefen bisher resultatlos. — Die Grifflemacher auf dem Hagensbruch bei Großneundorf (Meiningen) sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. — Die Former in Bayreuth ersuchen, den Zuzug nach dort fernzuhalten, weil in der Eisengießerei von Hensel Differenzen ausgebrochen sind. — Die Kutscher der Rheinischen Taxameter-Gesellschaft in Köln sind am 2. März fast sämmtlich in den Ausstand getreten. Es war ihnen am Sonnabend Abend mitgetheilt worden, ihr bisheriger Wochenlohn von 14 Mk. solle auf die Hälfte erniedrigt, dagegen der Prozentsatz vom vereinnahmten Fahrgelde von 10 auf 20 Proz. erhöht worden. Darin erblickten die Kutscher eine bedeutende Minderung ihrer Einnahmen und stellten deshalb die Arbeit ein. — Der Budapester Schuhmacherstreik ist durch gütlichen Ausgleich zum Theil erledigt. 45 Arbeiter sind bereits wieder in Arbeit getreten.

Im Baugewerbe Stuttgarts ist der kürzlich zwischen den organisirten Arbeitern und Unternehmern abgeschlossene Tarifvertrag am Montag in Kraft getreten. Es soll dahin gewirkt werden, daß auch diejenigen Arbeitgeber in Stuttgart, Cannstatt und Feuerbach, die der Meisterorganisation nicht angehören, die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen.

An Milzbrandvergiftung ist in Nürnberg wieder eine Arbeiterin gestorben, die als Beschneiderin in einer Pinselfabrik beschäftigt war. Bei dieser Art Thätigkeit ist die Gefahr der Infektion eigentlich am geringsten, um so bedenklicher muß dieser Fall erscheinen, der ein neuer Beweis dafür ist, wie unzulänglich die gesetzlichen Bestimmungen zur Verhütung der Milzbrandgefahr sind und wie nothwendig es ist, daß der Desinfektionszwang auch auf das inländische Material ausgedehnt wird, ferner daß die Desinfektion einheitlich durch strömenden Wasserdampf mit dem erforderlichen atmosphärischen Ueberdruck geschieht, eine Methode, die allein eine Gewähr für die Tödtung der Milzbrandsporen bietet. Der Einwurf, daß dadurch das Material leide, ist durch die Praxis längst widerlegt. In dem vorliegenden Falle soll es sich um eine Ansteckung durch inländisches Material handeln.

Eine Vertreter-Tagung von 18 Privatangestellten-Verbänden mit annähernd 300 000 Mitgliedern, die am 1. März in Berlin stattfand, sprach sich für die Schaffung einer ausreichenden Pensions- und Hinte

---

Die Lehrersbraut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

23. Fortsetzung.

Als sie allein waren, öffnete die Mutter ihr Herz und ließ den Klagen, die sie bis jetzt zurückgepreßt hatte, freien Lauf. „Wer hätte das gedacht?" rief sie mit tiefer Betrübniß. „Wer hätte das diesem Menschen zugetraut? Ich hab' gemeint, ich müss' umsinken vor Schrecken, wie ich deinen Brief gelesen hab'. Nicht glauben hab' ich wollen, was du geschrieben hast! Aber jetzt, wenn ich dich ansehe, muß ich freilich alles glauben! — Du armes Mädchen," setzte sie hinzu, indem sie die Tochter in zärtlichem Mitleid bei den Händen faßte, „so elend, so verfallen! — Das ist nun das Glück, das du gemacht hast! Das ist die Freude, die ich an meinem einzigen Kind erlebt hab'!"

Ihre Thränen flossen, das Schluchzen ließ sie nicht weiterreden. Christine tröstete sie und sagte: „Sei ruhig, Mutter! Laß dir's nicht so zu Herzen gehen! — Ich bin doch ganz gesund und werde bald wieder aussehen wie sonst."

„Ja," entgegnete die Wittwe, „dein elendes Aussehen wird vergehen auf dem Land, aber die Schande wird dir bleiben. Was wird man von dir jetzt alles sagen im Dorf! Was werden wir uns gefallen lassen müssen! Das Unglück, das einem widerfährt, ist ja den Leuten nie groß genug, sie müssen's noch größer machen. Und wir, denen ohnehin so manches Feind ist im Dorf — was werden erst wir hören müssen! Ich trau' mich gar nimmer unter die Leute — ich schäme mich zu Tod!"

Als die Tochter die von ihr überwundene Furcht an der Mutter sah, kam sie ihr in keiner Art würdig vor, und sie erwiderte mit Ernst: „Was die Leute sagen, liebe Mutter, ist mir einerlei, und dir kann's auch so sein. Eine Zeitlang wird man schmähen, dann kommt wieder etwas anderes auf, und wir sind vergessen. Und wenn man auch spottet über uns und uns ausrichtet — haben wir's nicht verdient? Ist uns mit unserm Hochhinauswollen nicht recht geschehen? — Von der Seite muß man die Sache auch betrachten. So oder so ist das Gerede der Leute gleichgültig. Wenn sie lügen über mich, so geht's mich nichts an, und wenn sie die Wahrheit sagen, muß ich's aushalten. Und am Ende — wenn's mir hier wirklich zu arg würde, giebt's nicht noch einen Dienst anderwärts? Man kann sich immer helfen, wenn man noch zu was gut ist in der Welt, und alles ist noch lang' nicht verloren."

Diese gefaßte Sprache des Kindes that der Mutter wohl und flößte auch ihr wieder Trost und neuen Muth ein. Sie sah schweigend auf das blasse, aber feinere und vornehmere Gesicht und fühlte, daß ihre Tochter in der Stadt nicht nur verloren, sondern auch etwas gewonnen hatte. Ihre Mienen klärten sich auf und es war, als ob sie etwas auf der Zunge hätte. Sie schwieg aber. Sie hatte, wie es schien, nicht den Muth, zu sagen, was sie dachte.

Als am andern Tage die große Neuigkeit in dem Dorf bekannt wurde, gab es freilich ein Geschrei, das dem, das die Verlobung des Mädchens mit dem Lehrer hervorgerufen hatte, in keiner Weise nachstand. Im Gegentheil, die Ausrufungen waren jetzt noch leidenschaftlicher, das Gewunder größer und nachhaltiger, weil die Nachricht wirklich ganz unerwartet gekommen und wie ein Blitz aus wolkenlosem Himmel herniedergefahren war. Welch ein Ohrenschmaus für die ehemaligen Mitbewerberinnen! Welch ein Triumph für Diejenigen, die in ihrer sittlichen Entrüstung einen schlimmen Ausgang vorhergesagt hatten! — Die Partei der Weiber und Mädchen hatte gesiegt; das Schicksal hatte ihnen recht gegeben. Und nun ließen sie's die jungen Bursche, die ihnen früher widersprochen hatten, gehörig empfinden und kosteten den Ruhm bewährter Prophetengabe von Grund aus. „Hab' ich's nicht gesagt? Hab' ich's nicht vorher gewußt? Du hast mit mir gestritten, aber nun siehst du, wer recht gehabt hat. Mit Schand' und Spott ist sie heimgekommen, die eitle Närrin! Und nun wird's aus sein mit ihrer Vornehmheit — aus für alle Zeit!"

Die große Frage war nun: wie werden die Leute miteinander forthausen? Ist's denn möglich, daß sie beisammen bleiben? Und wenn sie's thun, was soll am Ende daraus werden?

In einer zahlreichen Bauernfamilie, wo dieser Punkt bei einem Abendessen erörtert wurde, meinte der Oberknecht: „Am End' nimmt sie der Hans nun doch noch zur Weibe."

Da fuhr aber die älteste Tochter, die nicht zu den schönsten gehörte und ihre sechsundzwanzig hinter sich hatte, empört auf und rief: „Red' nicht so dumm, alter Gischt! Ein Mensch wie der Hans, der etwas hat und andre kriegen kann, wenn er will, der wird wohl eine nehmen, die ein halbes Jahr mit einem Schulmeister herumgefahren ist. Schäm' dich! 's ist sündlich, einem braven Burschen so etwas zuzutrauen!"

„No, no," versetzte der in der That schon etwas betagte Knecht phlegmatisch lächelnd, „man kann nicht alles so genau nehmen, und 's hat sich schon gar manches noch g'macht in der Welt."

„Und ich wett', was du willst," erwiderte das Mädchen, „er nimmt sie nicht mehr!"

„'s kann auch sein," versetzte ruhig der Knecht, „ich kenn' den Hans nicht so genau, daß ich wissen kann, was er in einem Jahre vielleicht thun wird. Ich weiß nur, was ich thät' — und ich thät' sie nehmen, wenn sie mich möcht'."

„Du!" entgegnete die Tochter des Hauses mit verächtlichem Blick, während die andern Ehehalten lachten und die Magd meinte: „Du wärst net blöd', Heiner! So eine dich aufrichten!"

Einige Tage später, und die Frage, die so viele Zungen in Bewegung gesetzt hatte, war entschieden. Man erfuhr

bliebenen-Versicherung aus. Die Versammlung stellte eine Reihe von Leitsätzen für die Regelung dieser Fragen auf und beauftragte einen Ausschuß, mit dem Reichsamt des Innern in nähere Fühlung zu treten. Dem Komitee, sowie dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig, welcher seinerzeit die Versicherung zuerst in Deutschland anregte, wurde bereits eine Audienz im Reichsamt des Innern auf Verfügung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky bewilligt. Den Vertretern wurde eröffnet, daß die Regierung der Sache an sich sympathisch gegenüberstehe, zunächst aber folgendes von den Verbänden wünsche: 1. Eine Aeußerung darüber, wer als Privatbeamter anzusehen sei, 2. darüber, wie man sich die Auseinandersetzung mit der schon bestehenden Invalidenversicherung denke, der schon zahlreiche Beamte angehören, und 3. das statistische Material, bei dessen Beschaffung ihnen das Reichsamt Unterstützung angedeihen lassen werde.

Die Mehrheit im Rathhause zu Hagsfeld bei Karlsruhe haben unsere Genossen am letzten Sonnabend errungen. In der dritten Klasse wurden neun, in der zweiten Klasse acht und in der ersten Klasse drei Sozialdemokraten gewählt.

Reichstagskandidaturen. Eine sozialdemokratische Versammlung, die Montag in München stattfand, stellte nach einem Referat des Abg. Adolf Müller einstimmig als Reichtagswahlkandidaten für München I Birk und für München II. Vollmar auf. Für Fürth wurde der bisherige Vertreter, Genosse Segitz ebenfalls wieder aufgestellt. Für Düsseldorf wird Genosse Grimpe aus Elberfeld kandidiren.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie fand am letzten Sonnabend und Sonntag zu Offenburg statt. Aus den Berichten ließ sich ein sehr erfreuliches Anschwellen der Parteibewegung konstatiren, die auch den Parteiblättern zu gute kam. Der neue Landesvorstand erhielt den Auftrag, der Errichtung einer eigenen Druckerei für den „Volksfreund" in Karlsruhe näher zu treten. Die Zahl der organisirten Genossen beträgt jetzt 5400, im Laufe des letzten Jahres wurden 14 neue Organisationen errichtet. Von Agitationsschriften wurden unter anderen Bebels Zollrede in 200 000 Exemplaren vertheilt. Die Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl ist vollendet. Den Bericht über die Thätigkeit der Landtagsfraktion erstattete Genosse A. Geck. Die Ablehnung des Gesamtbudgets für das Großherzogthum erfolgte einstimmig wegen der total ungenügenden Berücksichtigung der unteren Volksschichten. In anderen Dingen stimmte die Fraktion jedoch zuweilen gespalten, jedoch wurde eine Resolution, die den üblen Eindruck der mangelnden Einheit in den Abstimmungen der Landtagsfraktion bedauert, abgelehnt. Zum Bericht über die Reichstags- und Landtagswahlen, den der Genosse Dreesbach erstattete, wurde eine Resolution angenommen, die bei der Hauptwahl zur Aufstellung eigener Kandidaten verpflichtet und für die Stichwahlen die Unterstützung der Partei von der Zustimmung des bürgerlichen Kandidaten zu folgendem Minimumprogramm abhängig macht: 1. Für Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts; 2. für den Abschluß langfristiger, möglichst günstiger Handelsverträge unter energischer Wahrung der wirthschaftlichen Interessen des Volkes; 3. gegen jede neue indirekte Steuer auf die Lebens- und Genußmittel des Volkes, insbesondere auf Bier und Tabak; 4. gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes; 5. gegen jede neue Militär- und Marineforderung, die mit neuen Lasten verknüpft ist. Zur Erledigung der Geschäfte der bald nach den Reichstagswahlen stattfindenden badischen Landtagswahlen wird eine engere Konferenz berufen werden. Ein von Kolb-Karlsruhe gestellter Antrag, es definitiv für unzulässig zu erklären, daß der in Karlsruhe-Bruchsal sein Mandat vertheidigende Genosse Adolf Geck eine zweite Kandidatur im Offenburger Kreise annimmt, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Als Vorort wurde einstimmig Mannheim wiedergewählt, die Wahl des Landesvorstandes dem Vorort überlassen. Die nächste Landesversammlung findet wiederum in Offenburg statt. Darauf wurde der von 43 Delegirten beschickte Parteitag geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Ein neues Krematorium soll in Dessau errichtet werden. Der dortige Verein für Feuerbestattung, von dem der Plan ausgeht, hat sich letzthin an den Dessauer Gemeinderath gewendet mit der Bitte um kostenlose Ueberlassung einer Fläche von 5000 Geviertmetern auf dem städtischen Friedhofe zum Bau des Krematoriums. In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderath diesem Antrag einmüthig seine Zustimmung ertheilt. Die Baukosten sind auf 100 000 Mk. veranschlagt.

Eine Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuscherthums hat sich in Berlin gebildet. Dem Verein ist bereits eine größere Zahl von Aerzten und Laien aus den verschiedensten Ständen beigetreten. Zweck der neuen Gesellschaft ist die Aufklärung des Publikums über das schädliche Treiben der Kurpfuscher für das Gemeinwohl in gesundheitlicher und wirthschaftlicher Beziehung. Auch soll das Publikum über die zweckmäßige Versorgung der Kranken belehrt werden.

Bestrafter Soldatenschinder. Das Kriegsgericht in Düsseldorf verurtheilte Sonnabend den Sergeanten Rudolf Sellien von der 6. Komp. des dortigen Füsilierregiments Nr. 39 wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu vier Monaten Gefängniß und Degradation. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte S. in einer ganzen Anzahl von Fällen seine Untergebenen mit der Faust und mit der blanken Waffe in brutaler Weise mißhandelt, beschimpft und auf Wache in unerhörter Weise drangsalirt.

Pfäffische Intoleranz. Ueber einen Akt großer klerikaler Intoleranz berichtet der „Fränkische Kurier". Der Schauplatz war ein Ort im Bezirksamt Königshofen. Dort starb ein protestantischer Dienstknecht. Bei der Beerdigung verweigerte der katholische Pfarrer das Geläute; obwohl vom Bezirksamt telegraphisch die ausdrückliche Weisung eintraf, gab er die Schlüssel zur Kirche nicht heraus. Der Bürgermeister war nicht zu finden. Endlich heißt es: Er ist beim Pfarrer, der läßt ihn nicht heraus! Und als er dann kommt und von etlichen Sulzdorfern zur Rede gestellt wird, erklärt er: „Der Herr Pfarrer leidets nicht und ich thu's nicht." Die Angehörigen des Verstorbenen beruhigten sich aber auch nicht; sie trugen die Leiche in das Gemeindehaus zurück und wandten sich wiederholt ans Bezirksamt. Am anderen Tage kam nochmals vom Bezirksamt die Weisung, das Geläute freizugeben, zugleich traf auch eine Anzahl Gendarmen ein. Diese mußten sich trotz der nochmaligen Weisung des Bezirksamts den Zugang zu den Glocken mit Gewalt erzwingen. Damit war noch nicht aller Widerstand beendet. Als man die Leiche zur Beerdigung abholen wollte, war diese eingeschlossen und der Schlüssel zum Gemeindehause nicht zu finden. Erst nachdem die Drohung gefallen, daß man die Thüre aufbrechen werde, kam der Schlüssel zum Vorschein, und nun konnte die Handlung vor sich gehen. — Der skandalöse Vorfall legt wieder die Mahnung nahe, so schnell als möglich mit den konfessionellen Kirchhöfen aufzuräumen und Gemeindekirchhöfe einzuführen.

Aus dem Geschworenen-Zimmer. Ueber Wiener Richter plaudert ein Mitarbeiter der „Wiener Montagsrevue" u. A. wie folgt: „Da war ein Vorsitzender, der sich bei den sogenannten uninteressanten Fällen nervös, ungeduldig geberdete. Einmal stand ein geständiger Dieb vor den Geschworenen, die „Sache" wickelte sich rasch ab; die Zeugen kamen und gingen ohne besonderen Aufenthalt, Staatsanwalt und Vertheidiger befleißigten sich wohlthuender Kürze, das Resumé dauerte einige Minuten. Ueberraschender Weise blieben die Volksrichter über eine Stunde im Berathungszimmer beisammen. Wie ein angeschossener Löwe rannte der Präsident in seinem Zimmer auf und nieder, er wußte keine Erklärung für das lange Ausbleiben der Geschworenen. Ein geständiger Dieb und kein Ende! Endlich erschienen die zwölf Männer und brachten das einstimmige Verdikt. Nach geschlossener Tagung drängte es den Vorsitzenden, den Grund der Verzögerung zu erfahren und er interpellirte den Obmann der Geschworenen: „Ja, sagen Sie mir nur, weshalb brauchten Sie eine Ewigkeit zu Ihrem Urtheile?" „Aber Herr Präsident," lautete die gemüthliche Antwort des Obmannes, „wir waren bald fertig. Wir wollten aber nicht als oberflächliche Leute von dem Publikum und den Journalisten angesehen werden. Und da habe ich denn den anderen Herren Geschworenen gesagt: Rauchen wir ein Zigarrl!"

Attentat eines Wahnsinnigen auf Sven Hedin. Der kühne schwedische Forscher, der jahrelang den Unbilden des Klimas und den Strapazen der Wüste getrotzt hat, ohne je mit den Eingeborenen Zentralasiens in Konflikt zu kommen, wäre im zivilisirten Europa beinahe das Opfer eines Mordanschlages geworden. Aus Budapest wird dem „Berliner Tagebl." gemeldet: Der im Grandhotel wohnende schwedische Forschungsreisende Sven Hedin wurde von einem im Hotel angestellten, plötzlich irrsinnig gewordenen Kellner mit geladenem Revolver bedroht. Der Kellner konnte nur mit Mühe gebändigt und ins Irrenhaus gebracht werden.

„Am Hungertuche nagen". Dieser volksthümliche Ausdruck verdankt seine Entstehung einem alten, nunmehr ziemlich verschollenen Kirchengebrauche. Das Hungertuch gehörte früher als ein unentbehrliches kirchliches Requisit zur Fastenzeit und diente dazu, die Gläubigen während der Fastenzeit an das Leiden und Sterben des Heilands eindringlich zu erinnern. Am Aschermittwoch hing man nämlich im sogenannten Triumphbogen der Kirche ein großes, den ganzen Chor abschließendes Tuch auf, worauf die heilige Passion in Oelmalerei, Stickerei oder Druck dargestellt war. Die ältesten und interessantesten Hungertücher haben sich in Kärnten erhalten, auch in Norddeutschland finden sich noch einige. Seit 1848 etwa werden von Aschermittwoch bis Ostern nur noch die Altarbilder mit violettem Stoffe verhüllt.

Ein maurisches Gefängniß. Der Reutersche Korrespondent in Fez giebt in einem Schreiben vom 16. Febr. nachstehende Schilderung von einem maurischen Gefängnisse und der maurischen Justiz: El-Kasr, die einzige Stadt auf dem Wege von Tanger nach Fez, liegt an den Ufern des Flusses Lekuks und ist ein uninteressanter und wenig anziehender Ort von sechstausend Einwohnern. Die Straßen sind eng und schmutzig, und die größtentheils aus Lehmziegeln gebauten Häuser sind weder beworfen noch gekalkt. Der Markt, der einen beträchtlichen Umfang hat, war geschlossen worden, weil der Sultan angeordnet hatte, daß sein Sieg über den Prätendenten durch einen siebentägigen Feiertag zu begehen sei. Der englische Konsularagent zeigte mir das Gefängniß, wo man durch ein viereckiges Loch im Dache auf die Gefangenen herunterfieht. Von diesen waren einige damit beschäftigt, Körbe mit trockenen Palmblättern zu bedecken. Mein Begleiter wurde sofort als der „Consolus" erkannt, und die Gefangenen baten ihn flehentlich, für sie ein gutes Wort einzulegen. Wir suchten nachher den Gouverneur auf, der außerhalb der Stadt in einem Garten ein Festmahl abhielt. Der Konsul sprach zu Gunsten einiger Gefangenen, deren Freilassung darauf sofort angeordnet wurde. Viele der armen Leute sind für Kleinigkeiten eingesperrt. Manchmal haben sie überhaupt nichts verbrochen. Sind sie aber erst eingesperrt, dann kann es geschehen, daß sie vergessen werden. Es kommt vor, daß sie Jahre hindurch im Gefängnisse sitzen. Sollten sie das Glück haben, endlich frei gelassen zu werden, so haben sie kein Mittel, für das erlittene Unrecht irgend welche Entschädigung zu erlangen.

Eine originelle Art, zu schenken. Man schreibt der „Frankf. Ztg." aus Newyork: Die erste Methodistengemeinde in Stratford im Staate Connecticut hatte ein Stück Land nöthig, das auf 250 Dollar bewerthet war. Der Eigenthümer, ein Chemiker, Namens Thaddaeus Peck, wollte aber das Grundstück nicht verkaufen und blieb selbst dem Doppelten und Dreifachen der Schätzungssumme gegenüber kalt. Schließlich erklärte er sich aber bereit, der Gemeinde das Grundstück zu schenken, vorausgesetzt, daß der Pastor der Methodisten, Royal W. Raymond, elf Vorlesungen von je einer Stunde anhören werde, die er, Peck, geben wolle. Das Thema dieser Vorlesungen sollte die christliche Religion und ihre Grundlagen sein, und wenn nach dem Genusse der Vorträge der Pastor nicht zu der Ueberzeugung Peck's, der als ein sehr „gottloser Mensch" verschrieen ist, gekommen sei, wollte Peck das Land sofort der Kirche überschreiben. Der Pastor nahm schnell an. Nun hat Herr Peck drei Vorträge gehalten, aber als er in der Mitte des vierten war, stand der Herr Pastor auf und empfahl sich. Er werde auf den Rest verzichten. Warum, hat er nicht gesagt. Herr Peck aber geht umher mit stolzen Blicken. „Er kann meinen Argumenten nicht widerstehen!" erklärt er.

„Singende Insekten". Mehr als 3000 Personen verdienen sich in Japan ihren Lebensunterhalt durch das Aufziehen, Dressiren und Verkaufen der „singenden Insekten". Diese in Japan unter dem Namen »kusa-hibari« bekannten Insekten haben eine gewisse Aehnlichkeit mit unseren Grillen. Sie machen eine ziemlich eintönige, aber sehr klare und süße Musik, die etwa wie die Töne eines Silberglöckchens klingt. Die Japaner halten die Thierchen in zierlichen Bambuskäfigen und pflegen ihre Lieblinge sehr sorgfältig.

Christine sei in *** (einem zwei Stunden entfernten, westlich gelegenen Dorfe) beim Holzbauern in Dienst gegangen. Damit erhielt das Gerede einen Kehraus, der den bisherigen Lärm würdig abschloß. „Die Lehrersbraut eine Bauernmagd! Und bei dem, wo's noch keine lang' hat aushalten können! — bei dem gröbsten aller Menschen im ganzen Ries! Die hat's zu was gebracht, das muß man sagen! Die kann sich freuen!"

Zur Ehre des Dorfes muß ich übrigens bemerken, daß auch gar mancher die Sache von einer andern Seite ansah. Als ein ehrenhafter alter Bauer davon hörte, sagte er zu seiner Ehehälfte: „Wenn das in ihrem Kopfe gewachsen ist, dann fang' ich auch wieder an, etwas zu halten von dem Mädchen."

Allerdings war es in dem Kopf der Christine gewachsen, und zwar ging es so zu.

Am andern Tage nach der Heimkehr ihrer Tochter hatte die Glanning schon einen großen Theil ihrer Ruhe und Besonnenheit wiedererlangt. Gedrückt war sie noch immer, und traurig ging sie im Hause umher; aber ihr Geist richtete sich allmählich auf und überlegte, wie sie das Unglück, das sie getroffen hatte, wieder gut machen könne. Leute wie sie werden sich leicht, daß sich alles auf eben die Art wieder ausgleichen lasse, die ihnen erfreulich dünkt. Als sie nun ihre Tochter in der Stube und Küche wieder arbeiten sah und erhoben, als sie den Vetter mit ihr umgehen sah, wie etwas nichts vorgefallen und sie höchstens von einem längern Besuch zurückgekehrt wäre, da beurtheilte sie die beiden noch gut und glaubte, alles könnte noch recht werden. Als erfahrene Frau mußte sie am besten wissen, was man alles zu thun habe, um in dieser Welt etwas zu erreichen; als Mutter hatte sie die Pflicht, für ihre Tochter zu denken und zu sorgen. Die Scheu, die sie gestern noch gefühlt, wich daher einer Entschließung.

Nachmittags fing sie gegen Christine aufs neue an zu klagen und ihre Bekümmerniß auszusprechen; es geschah dies aber in einem Ton, daß die Tochter gleich fühlte, der eigentliche Schmerz sei schon vorüber und eine ernste Tröstung nicht mehr von nöthen. Sie entgegnete mit Ruhe, daß diese Reden jetzt zu nichts mehr führen könnten. Man müsse das Geschehene geschehen sein lassen und nicht mehr daran denken, dann werde vielleicht alles wieder besser ins Gleiche kommen, als man glaube. „Da kannst du auch recht haben," erwiderte die Mutter begütigt. Und nach kurzem Schweigen fuhr sie fort: „Man glaubt oft, man müsse ein recht großes Glück machen und deswegen ein kleineres, das einem entgegenkommt, verschmähen. Aber das große ist einem nicht bestimmt und bleibt aus; und wenn man das sieht und gescheit ist, nimmt man das kleinere an und lebt auch zufrieden dabei."

Christine sah ihre Mutter befremdet an: diese glaubte, sie müsse sich deutlicher erklären, und sagte: „Du hast recht, Christine, alles kann wieder ins Gleiche gebracht werden, und du hast's in deiner Hand. Mir kannst du wohl glauben, denn ich versteh' mich darauf — der Hans hat dich noch immer gern! Er ist einer von den guten Menschen, die alles verzeihen, und denen es nicht möglich ist, etwas nachzutragen. Wenn du dich wieder freundlich gegen ihn benehmen und ihm ein wenig schönthun wolltest, so bin ich überzeugt —"

Das Gesicht des Mädchens hatte sich während dieser Rede, nach dem ersten deutlichen Wort, mit tiefer Röthe bedeckt; jetzt funkelten ihre Augen, und mit erzürnter Heftigkeit rief sie: „Red' nicht weiter, Mutter! — ich bitte dich! — Wenn der Hans mich jetzt noch nähme, so wär' er ein Tropf — der jämmerlichste Mensch, der auf Gottes Erdboden herumwandelte! Und wenn er's wäre, und wenn er mich wollte, so möcht' ich ihn nicht, weil ich ihn verachten würde! Pfui! wie kannst du an so etwas denken und einem ehrlichen Mädchen solche Vorschläge machen!"

Die Mutter war betroffen; sie faßte sich indes wieder und sagte: „Nun, ich rathe dir nichts, als was gar manches Mädchen schon gethan hat, die jetzt als Frau hoch in Ehren steht. Du kennst die Welt nicht. Ich bin deine Mutter, ich muß für dich sorgen, ich muß dich wieder auf den rechten Weg weisen —"

„Red' nicht weiter," rief Christine am ganzen Leibe zitternd, „oder es geschieht ein Unglück! — Noch ein Wort davon — und ich geh' fort und spring' ins Wasser!"

Die Alte starrte sie an. „Um Gottes willen," rief sie, „thu' nur nicht gleich so wild! Ich hab' nur gemeint —"

„Du sollst nicht meinen, was eine Schande wäre für mich und für ihn. Glücklich sein muß man nicht in der Welt, aber seinen Charakter muß man behaupten und seine Ehre! Und das sag' ich dir jetzt: wenn du nochmal von dieser Sache anfängst, wenn du nur noch eine Silbe davon sprichst, dann geh' ich aus deinem Haus und deiner Lebtag wirst du mich nicht wiedersehen!"

Die Alte schwieg, seufzte tief und verließ die Stube. In ihrer Herzensangst ging sie in den Stall und traf dort den Vetter, der eben vom Felde heimgekommen war. Sie sah ihn traurig an und schüttelte den Kopf. Hans fragte, was ihr wäre, und sie erwiderte: „Ich bin betrübt über meine Tochter. Nicht nur, daß sie unglücklich heimgekommen ist — sie ist auch bös heimgekommen. Wenn ich etwas sag' und ihr einen guten Rath geben will, fährt sie mich an wie rasend. Als ob ich eine Schlechtigkeit von ihr verlangte! Guter Gott, wer hätte das gedacht! Wer hätte geglaubt, daß ich noch so was erleben müßte!"

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.